

# AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## Wachstum

*Werner Plumpe*  
WACHSTUM  
UND WACHSTUMSKRITIK

*Julia Braun*  
WARUM MODERNE  
GESELLSCHAFTEN  
WACHSTUM BRAUCHEN

*Lukas Scholle*  
VOM FALSCHEN  
ZUM RICHTIGEN WACHSTUM

*Ulrike Herrmann*  
WIR MÜSSEN SCHRUMPFEN.  
WACHSTUM ALS IRRWEG

*Niko Paech*  
WOHLSTAND JENSEITS  
VON WACHSTUM

*Cornelia Mohren · Moritz Odersky*  
WACHSTUM  
UND UNGLEICHHEIT

# APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE  
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung  DAS PARLAMENT



# Wachstum

## APuZ 46/2025

**WERNER PLUMPE**

### WACHSTUM UND WACHSTUMSKRITIK. EINE DISKURSGESCHICHTE

Von antiken Ideen der Selbstgenügsamkeit über die Frankfurter Schule bis hin zu Degrowth und Klimadebatte: Wachstumskritik ist so alt wie das Wirtschaftswachstum selbst. Ein Dilemma besteht darin, dass ein Schrumpfen auch erwünschtes Wachstum bremsen würde.

**Seite 04–10**

**ULRIKE HERRMANN**

### WIR MÜSSEN SCHRUMPFEN. WACHSTUM ALS IRRWEG

Der Kapitalismus war ein Fortschritt, hat aber leider eine fundamentale Schwäche: Er erzeugt nicht nur Wachstum, sondern benötigt dieses Wachstum, um stabil zu sein. In einer endlichen Welt kann man aber nicht unendlich wachsen. Auch „grünes Wachstum“ ist eine Illusion.

**Seite 21–25**

**JULIA BRAUN**

### WARUM MODERNE GESELLSCHAFTEN WACHSTUM BRAUCHEN

Wirtschaftswachstum bleibt unverzichtbar. Es schafft Stabilität, finanziert den Sozialstaat und setzt Anreize für Innovation und technischen Fortschritt. Damit ist es Voraussetzung, um Wohlstand zu sichern und die großen Zukunftsaufgaben unserer Zeit zu bewältigen.

**Seite 11–15**

**NIKO PAECH**

### WOHLSTAND JENSEITS VON WACHSTUM

Das Konzept der Postwachstumsökonomie setzt sich über modernistische Illusionen hinweg, indem es darauf zielt, Menschen zu befähigen, unter absehbar nicht mehr zu verhindernden Kollaps- und Knappheitsbedingungen souverän zu existieren.

**Seite 26–30**

**LUKAS SCHOLLE**

### VOM FALSCHEN ZUM RICHTIGEN WACHSTUM

Fossiles Wachstum, Green Growth und Degrowth bieten keine überzeugende Antwort auf die Frage, wie sich ökologische Grenzen mit Wohlstand und Sicherheit verbinden lassen. Es braucht kein blindes Wirtschaftswachstum, sondern qualitatives Wachstum der Wohlfahrt.

**Seite 16–20**

**CORNELIA MOHREN · MORITZ ODERSKY**

### WACHSTUM UND UNGLEICHHEIT

Den behaupteten Zielkonflikt zwischen Wachstum und Ungleichheitsbekämpfung gibt es nicht. Im Gegenteil: Forschungen legen nahe, dass mehr Gleichheit Wachstum fördert, während es durch geringe soziale Mobilität und politische Instabilität gebremst wird.

**Seite 31–38**

# EDITORIAL

Wachstum ist der zentrale Begriff moderner Volkswirtschaften: Am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bemisst sich gemeinhin, ob eine Wirtschaft erfolgreich ist, ob sie genügend Menschen Arbeitsplätze bieten und gesellschaftlichen Wohlstand erzeugen kann. Dies wiederum sind wichtige Voraussetzungen für stabile politische Verhältnisse. Stagniert eine Volkswirtschaft über einen längeren Zeitraum, steht all das infrage. Wie Wachstum erhalten werden kann, ist also auch eine politische Frage – erst recht in Zeiten knapper werdender Rohstoffe und steigender Temperaturen. Denn bisher speist sich das Wirtschaftswachstum vor allem aus dem Verbrauch fossiler Energieträger.

Die Frage, ob und wie sich der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschädigung entkoppeln oder zumindest abschwächen lässt, liegt zahlreichen Überlegungen über die heutige kapitalistische Wirtschaftsweise zugrunde. Während bei Green-Growth-Ansätzen davon ausgegangen wird, dass Wirtschaftswachstum und wirksamer Klimaschutz miteinander vereinbar sind (oder sich sogar gegenseitig bedingen), wird bei Postwachstumsansätzen die Notwendigkeit betont, deren Unvereinbarkeit anzuerkennen und sich mit Szenarien zu befassen, in denen sich die Wirtschaft nicht mehr am stetigen (BIP-)Wachstum orientiert.

Eine große Entkopplungshoffnung liegt zudem weiterhin in der wachstumstreibenden Kraft technologischer Innovation: Für ihre Forschungen zur bedeutenden Rolle von technischem Fortschritt und „schöpferischer Zerstörung“ für dauerhaftes Wachstum erhalten der Wirtschaftshistoriker Joel Mokyr und die Ökonomen Philippe Aghion und Peter Howitt den diesjährigen Wirtschaftsnobelpreis.

*Johannes Piepenbrink*

# WACHSTUM UND WACHSTUMSKRITIK

## Eine Diskursgeschichte

*Werner Plumpe*

Das Wirtschaftswachstum, lange Zeit als Allzweckwaffe zur Überwindung sozialer Not und zur Minderung gesellschaftlicher Ungleichheit gepriesen,<sup>01</sup> ist mittlerweile ins Gerede gekommen. Gesellschaftlich lautstarke Stimmen fordern vor dem Hintergrund ökologischer Probleme, die mit dem menschlichen Ressourcenverbrauch in Verbindung gebracht werden, nicht nur einen Verzicht auf weiteres Wirtschaftswachstum, sondern plädieren für ein Schrumpfen der einmal erreichten Wirtschaftsleistung, die für einen vernünftigen menschlichen Bedarf ohnehin längst zu groß sei. Im Kern steht die Vorstellung, bei einer sinnvollen Begrenzung des menschlichen Verbrauchs gehe nicht nur die Belastung der Umwelt zurück; der Mensch werde auch nicht länger von einer Überfülle überflüssiger Waren von seinem eigentlichen Zweck, dem guten Leben, abgelenkt.<sup>02</sup>

Diese Stimmen müssten eigentlich den Bevölkerungsrückgang, der in allen entwickelten kapitalistischen Staaten seit geraumer Zeit zu beobachten ist, begrüßen, denn bei einer kleiner werdenden Bevölkerung geht auch deren Ressourcenverbrauch tendenziell zurück. Doch in der Sicht der Wachstumskritiker ist es nicht die Nachfrage der Bevölkerung, zumal ihrer armen und wenig vermögenden Teile, die die hohe Inanspruchnahme der Ressourcen verursacht. Es ist vielmehr das Wirtschaftssystem des Kapitalismus, das auf eine unbeschränkte Ausdehnung der Produktion drängt und damit eine katastrophale Ausbeutung der natürlichen Ressourcen verursacht, und zwar aus dem einzigen Grund der Kapitalakkumulation und der Profitmaximierung, die ohne Wirtschaftswachstum letztlich zum Erliegen kommen würden.

Die Forderungen nach Degrowth haben so, nicht immer, aber in ihren ernsthafteren Varianten zumeist, einen systemkritischen Hintergrund: Eine selbstgenügsame, ökologisch verantwortliche Welt wird einem maßlosen Kapitalismus entgegengestellt, den zu überwinden eine Frage der menschlichen Existenz schlechthin geworden ist.<sup>03</sup>

### DEGROWTH AVANT LA LETTRE

So aktuell wachstumskritische Stellungnahmen zu sein scheinen – neu sind sie nicht. Es war auch keineswegs die Studie des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums von 1972, die an ihrer Wiege stand.<sup>04</sup> Hier wurde lediglich mit Mitteln der Volkswagenstiftung eine Wachstumskritik aktualisiert. Es sind aber keine anstrengenden Ausflüge in die Geschichte des ökonomischen Denkens notwendig, um zu sehen, dass Vorstellungen von Selbstgenügsamkeit bei gleichzeitiger Ablehnung von Erwerbs- und Gewinnstreben von Aristoteles bis zur Scholastik, ja bis zur Schulphilosophie des 18. Jahrhunderts, das alteuropäische Denken bestimmten. In dieser, man muss es so scharf formulieren, Oberschichtenphilosophie, in der die Masse der armen Menschen kaum wahrgenommen wurde,<sup>05</sup> setzte Geldgier die Gemütsruhe aufs Spiel und war deshalb ethisch abzulehnen. Um die Überwindung materieller Not ging es bei den traditionellen Oberschichten, die auch in den älteren Knappheitsgesellschaften stets auf ihre Kosten kamen, ohnehin nicht. Das Streben nach materiellem, insbesondere finanziellem Erfolg durch wirtschaftliches Wachstum, so lautete der Vorwurf gegen eine erwerbsorientierte Lebensweise, lenke von den eigentlichen Lebenszielen nur ab.<sup>06</sup>

Eine Zunahme der verfügbaren Gütermenge, so schob der Geistliche und Nationalökonom Thomas Robert Malthus zur Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert nach, ändere am Elend der Massen ohnehin nichts, denn die Bevölkerung wachse stets rascher als die Produktivität (Malthusianische Falle). Gegen das verbreitete Massenelend half in dieser Sicht nur eine strikte Begrenzung des Bevölkerungswachstums und eine möglichst weitgehende Disziplinierung der Massen im Sinne von Arbeit und Geburtenbeschränkung.<sup>07</sup>

Die ältere Wachstumskritik hatte mithin zwei Seiten: Die eine beklagte die Realität der Massen-

produktion und die Vorherrschaft des Ramsches verbunden mit einem vermeintlich geistfeindlichen Materialismus der Bourgeoisie und der unterstellten Geschmacklosigkeit und Urteilsunfähigkeit der Massen. Die andere erklärte jede Alternative für aussichtslos. Greife die Obrigkeit nicht hart durch, schnappe besagte Falle, also der Abstand zwischen Bevölkerungs- und Produktivitätsentwicklung, regelmäßig aufs Neue zu, Wirtschaftswachstum pro Kopf der Bevölkerung sei zumindest langfristig illusorisch. Dem frühen 19. Jahrhundert waren diese Argumente durchweg vertraut, ja sie besaßen eine hohe Plausibilität, waren doch die vergangenen Jahrhunderte mit ihrer zumeist stagnierenden Wirtschaftsleistung und der starken Massenarmut ein schlagender Beweis dafür, dass Knappheit nicht überwunden werden konnte, sondern man sich mit ihr zu arrangieren hatte.

Die ökonomische und soziale Realität des beginnenden Industriezeitalters schien diese abwehrende Haltung noch zu bestätigen. Die Welt der frühen Fabriken war laut, stinkend und gefährlich, und die von den Fabriken angezogenen Massen wenig qualifizierter Arbeiter stellten schnell eine soziale Herausforderung, wenn nicht Gefahr dar, für die sich nach und nach der Begriff des Proletariats einbürgerte.<sup>08</sup> Die um die

Fabriken herum entstehenden „proletarischen“ Wohnbezirke wurden zu politisch bedenklichen Krankheitsnestern, über die rasch eine ganze Serie viel gelesener Kolportagetexte den Markt überschwemmte.<sup>09</sup> Deren Wirkung war gewaltig; so bewunderte man in Preußen zwar Englands frühe Industrie – dessen soziale Zustände wollte man allerdings um jeden Preis vermeiden.<sup>10</sup>

## FORTSCHRITTSPESSIMISMUS

Hinter den sozialen Kämpfen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die nicht selten von den Vertretern der älteren gewerblichen Traditionen gegen die modernen Fabriken geführt wurden,<sup>11</sup> stand in der Regel neben einfachen Konkurrenzargumenten eine Fülle von Kritikpunkten an der „seelenlosen“ Maschinenarbeit in den modernen Fabriken. Doch blieb der Zulauf zu den Fabriken groß, und die Proteste gegen sie gingen zumeist nicht von den Belegschaften der Fabriken aus, sondern von den älteren Gewerben. Aber die Wirkung des Fabriksystems blieb verstörend, insbesondere als es sich ab den 1830er Jahren ausbreitete und im Zusammenhang mit dem Ausbau der Eisenbahnen die historischen Landschaften zum Teil radikal umgestaltete.

Dem Kunsthistoriker und Sozialreformer John Ruskin, der sein Leben lang nur mit der Kutsche, niemals mit der Eisenbahn fuhr, war schon die schnurgerade Linienführung der frühen Bahnen, die auf die Landschaften keine Rücksicht nahmen, ein einziges Gräuel. Erst recht störte ihn der Übergang zum industriellen Bauen der neuen, rasch wachsenden Städte, der für ihn ein einziger Abgesang auf die handwerkliche und ästhetische Qualität des älteren Bauens war.<sup>12</sup> Für Ruskin, der auch ein Stichwortgeber der Arts-and-Crafts-Bewegung wurde, war die moderne Massenproduktion eine ästhetische Beleidigung. Dass in die-

**01** Typisch etwa Angus Deaton, *Der Große Ausbruch. Von Armut und Wohlstand der Nationen*, Stuttgart 2017.

**02** Vgl. Robert Skidelsky/Edward Skidelsky, *Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des Guten Lebens*, München 2013.

**03** Geradezu programmatisch Nancy Fraser, *Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt*, Berlin 2023. Für die Mäßigungsutopien recht aussagefähig James Suzman, *Sie nannten es Arbeit*, München 2021.

**04** Vgl. Club of Rome, *Die Grenzen des Wachstums*, Stuttgart 1972.

**05** Vgl. Niklas Luhmann, *Interaktion in Oberschichten: Zur Transformation ihrer Semantik im 17. Und 18. Jahrhundert*, in: ders., *Gesellschaftsstruktur und Semantik*, Bd. 1, Frankfurt/M. 1993, S. 72–161.

**06** Vgl. Otto Brunner, *Das „ganze Haus“ und die alteuropäische Ökonomik*, in: ders. (Hrsg.), *Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte*, Göttingen 1968, S. 103–127; Jacques LeGoff, *Wucherzins und Höllequalen. Ökonomie und Religion im Mittelalter*, Stuttgart 1988. Zur Semantik des Erhobenen Zeigefingers zu Beginn der Moderne vgl. Werner Plumpe, *Die Geburt des „Homo Oeconomicus“*, in: Wolfgang Reinhard/Justin Stagl (Hrsg.), *Menschen und Märkte*, Wien 2007, S. 319–352.

**07** Vgl. Thomas Robert Malthus, *Das Bevölkerungsgesetz*, Berlin 2022 (zuerst engl. 1798).

**08** Vgl. Patrick Eiden-Offe, *Die Poesie der Klasse. Romantischer Antikapitalismus und die Erfindung des Proletariats*, Berlin 2017.

**09** Vgl. Charles Dickens, *Harte Zeiten*, Berlin 1984 (zuerst engl. 1854); Friedrich Engels, *Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen*, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 2, Berlin 1970, S. 225–506.

**10** Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2: *Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“ 1815–1845/49*, München 1987, S. 281 ff.

**11** Vgl. Edward P. Thompson, *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse*, Frankfurt/M. 1987, insb. Bd. 2.

**12** Vgl. Wolfgang Kemp, *John Ruskin. Leben und Werk*, München 1983, insb. Kap. III.

ser Art der Produktion die einzige Möglichkeit lag, auch ärmeren und vermögenslosen Teilen der Bevölkerung zumindest ein kleines Stück Wohlstand dadurch zu ermöglichen, dass sie durch ihre Arbeit in den Fabriken die Einkommen erzielten, sich ihre eigenen Produkte leisten zu können, kam ihm angesichts der abstoßenden Praxis der Konservenindustrie und der modernen Schundliteratur nicht in den Sinn.<sup>13</sup>

Ganz ähnliche Töne fanden sich in der Lebensreformbewegung, die in Deutschland um die Jahrhundertwende überaus einflussreich war,<sup>14</sup> namentlich in der Jugendbewegung, deren erster freideutscher Jugendtag auf dem Hohen Meißner 1913 geradezu ein Manifest gegen die Verkommenheit der modernen Massengesellschaft wurde. Der Text, den der Lebensphilosoph Ludwig Klages zu dieser Feier schrieb und der dort verlesen wurde, liest sich auch heute noch höchst aktuell: „Die Mehrzahl der Zeitgenossen, in Großstädten zusammengesperrt und von Jugend auf gewöhnt an rauchende Schlote, Getöse des Straßenlärms und taghelle Nächte, hat keinen Maßstab mehr für die Schönheit der Landschaft, glaubt schon Natur zu sehen beim Anblick eines Kartoffelfeldes und findet auch höhere Ansprüche befriedigt, wenn in den mageren Chausseebäumen einige Stare und Spatzen zwitschern.“ Komme doch einmal die Ahnung von der früheren Schönheit der Landschaft auf, „so gibt es alsbald wieder wetterfeste Redensarten genug von ‚wirtschaftlicher Entwicklung‘, Erfordernissen des ‚Nutzens‘, unvermeidlichen Nöten des kulturellen Prozesses, um den mahnenden Vorwurf zu bannen“.<sup>15</sup>

Das Elend des Ersten Weltkriegs ließ die Kritik an der modernen Wirtschaft verstummen. Die Wiederkehr existenzgefährdender Knappheit entzog ihr den Boden. Sie blieb dennoch als eine Art stumme Tradition erhalten, an die stets wieder angeknüpft werden konnte, auch wenn derartige Versuche in den 1920er Jahren angesichts der Not der Zeit eher skurril wirkten.<sup>16</sup> Das sollte durch die Weltwirtschaftskrise und die materiellen Folgen insbesondere des Zweiten Weltkriegs auch

vorläufig so bleiben, doch kehrte die Wohlstands- und Wachstumskritik nach der Überwindung der existenziellen Knappheitserfahrungen spätestens in den späten 1950er Jahren zurück.

## FORTSCHRITTSOPTIMISMUS

Ludwig Klages Philippika gegen die Naturzerstörung durch die moderne Wirtschaft war zugleich das Eingeständnis von deren grundstürzendem Erfolg. Derartige Anklagen waren nicht Verhinderer, sondern Begleiter ihres Durchbruchs, dessen Dimensionen spätestens seit den 1850er Jahren immer offenkundiger wurden. Es war nicht allein die Vielzahl der neugegründeten Unternehmen und Banken, der Eisenbahnboom, die explosionsartige Zunahme der industriellen Produktion und das Anschwellen der Arbeiterschaft zu einem Massenphänomen, die den Ausschlag gaben.<sup>17</sup> Nach der gescheiterten Revolution von 1848 platzten auch die meisten utopischen Hoffnungen auf eine Erneuerung der Welt und machten einem „Realismus“ Platz, der auf eine pragmatische Modernisierung der Gesellschaft setzte.<sup>18</sup> Dass der „wirtschaftliche Fortschritt“ dabei etwas völlig Neues brachte, nämlich eine Ahnung von materiellem Wohlstand selbst für die ärmeren Teile der Bevölkerung, war nach der schweren Zeit des Massenelends in den 1830er und 1840er Jahren entscheidend.

Der Blick auf die moderne Wirtschaft wandelte sich bemerkenswerterweise vor allem durch die Thesen von Karl Marx und Friedrich Engels, die zwar am Kapitalismus kein gutes Haar ließen, ihn aber nicht wegen des Ramsches und der ökologischen und sozialen Begleiterscheinungen ablehnten, sondern weil er den sprunghaft vermehrten Reichtum auf Ausbeutung gründe und ungerecht verteile. Der Reichtum, das offenkundige Wachstum der Wirtschaft, wurde hingegen geradezu emphatisch begrüßt; für Malthus hatten Marx und Engels nur Verachtung übrig.<sup>19</sup> Zumindest Engels ging von einer fast naturgesetzlichen Steigerung der menschlichen Leistungsfähigkeit, dem Wachstum der Produktivkräfte, aus, das aus den

<sup>13</sup> Generell hierzu John Carey, *Hass auf die Massen. Intellektuelle 1880–1939*, Göttingen 1986, insb. S. 62–90.

<sup>14</sup> Vgl. Florentine Fritzen, *Gesünder leben. Die Lebensreformbewegung im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2006.

<sup>15</sup> Ludwig Klages, *Mensch und Erde*, in: ders., *Mensch und Erde. Sieben Abhandlungen*, Jena 1937<sup>5</sup>, S. 9–41, hier S. 15.

<sup>16</sup> Siehe die Zusammenstellung bei Ulrich Linse, *Barfußige Propheten. Erlöser der zwanziger Jahre*, Berlin 1983.

<sup>17</sup> Vgl. Richard H. Tilly, *Vom Zollverein zum Industriestaat. Die wirtschaftlich-soziale Entwicklung Deutschlands 1834–1914*, München 1990.

<sup>18</sup> Vgl. Gerhard Plumpe (Hrsg.), *Theorie des bürgerlichen Realismus. Eine Textsammlung*, Stuttgart 1985.

<sup>19</sup> Vgl. Friedrich Engels, *Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie*, in: MEW, Bd. 1, Berlin 1970, S. 499–524.

Restriktionen des Kapitalismus befreit werden müsse, um sich voll wohlfahrtssteigernd auswirken zu können.<sup>20</sup> Folgerichtig stand die sich auf Marx berufende Arbeiterbewegung wirtschaftlichem Wachstum in keinerlei Hinsicht kritisch gegenüber, sondern versprach sich von ihm – sollten die sozialen und politischen Bedingungen erfüllt sein – vielmehr eine Lösung der drängenden sozialen Fragen auf dem Weg zum Kommunismus. Die Entfaltung der modernen Wirtschaft war für den sich begründenden Marxismus schlechterdings die Basis der sich befreienden Menschheit; dass in ihrer Expansion einer der Gründe dafür liegen könnte, dass die natürlichen Lebensbedingungen zerstört würden, war unvorstellbar, weil die unbestreitbaren Nachteile der industriellen Massenproduktion allein der kapitalistischen Form der Wirtschaft angelastet wurden.<sup>21</sup>

Und tatsächlich: Die Arbeitszeiten sanken, die Löhne stiegen, und die materielle Lage der Arbeiterschaft verbesserte sich so offenkundig, dass selbst eine Revolution nicht mehr zwingend erschien, sondern die moderne Wirtschaft mit samt ihren fortgeschrittenen Organisationsformen (Großbetriebe, Aktiengesellschaften) in den Sozialismus hineinzuwachsen schien.<sup>22</sup> Wachstumsskepsis oder gar Wachstumskritik sind jedenfalls aus den Schriften von Rudolf Hilferding, Eduard Bernstein oder Karl Kautsky kaum abzulesen. Im Grunde teilten diese marxistischen Theoretiker den Fortschrittsoptimismus, der sich von einer Intensivierung des technischen Fortschritts und einer Steigerung von Produktion und Produktivität die Lösung der großen Menschheitsprobleme versprach.

Der Fortschrittsoptimismus blieb auch im 20. Jahrhundert erhalten; er stand ebenso bei der Programmatik der westeuropäischen Sozialdemokratie Pate wie er existenziell für das Selbstbild des „realen Sozialismus“ war, der von Wachstumsprojekten wie der Stalinschen Industrialisierung Russlands, Chinas „Großem Sprung nach vorn“ oder Ulbrichts „Überholen ohne Einzuholen“ nur so strotzte.<sup>23</sup> Vor allem das Eingee-

ständnis, genau dieses wirtschaftliche Wachstumsversprechen trotz aller Ankündigungen und aller brachialen Maßnahmen nicht einlösen zu können, brach dem realen Sozialismus in den 1980er Jahren letztlich das Genick. Dabei unterschieden sich die Wachstumshoffnungen keineswegs von den Versprechen der Massenwohlstandsgesellschaft, die in den 1950er Jahren im Westen nicht nur tonangebend waren, sondern die Legitimität des westlichen Gesellschaftsmodells zu bestätigen schienen.

## KRITIK AN DER MASSENKONSUMGESELLSCHAFT

Am Höhepunkt des „Traums vom immerwährenden Wachstum“ Anfang der 1970er Jahre schlug die Stimmung wieder um. Die älteren Semantiken der Kritik des materiellen Lebens waren keineswegs vergessen; angesichts der materiellen Fülle der Massenkongsumgesellschaft gewannen sie erneut an Aktualität, und zwar in der gleichen Ambivalenz wie vor 1914. Es ist bezeichnend, dass es Bundeswirtschaftsminister und Kanzler Ludwig Erhard, der Galionsfigur des „Wirtschaftswunders“, angesichts der vermeintlichen Folgen der Wohlstandsmehrung zu Beginn der 1960er Jahre um den gesellschaftlichen Zusammenhang angst und bange wurde, er plötzlich von „Maßhalten“ und einer „formierten Gesellschaft“ sprach, die den sich ausbreitenden modernen Individualismus wieder einfangen sollte.<sup>24</sup>

Die soziale Desintegration als mögliche Folge ökonomischer Erfolge erschien als reale Gefahr, so der noch weit wirkmächtigere Strang der Wachstumskritik um die Frankfurter Philosophen Theodor W. Adorno und Max Horkheimer.<sup>25</sup> Letzterer war es auch, der in den Vorstudien zur „negativen Dialektik“ mit der Vorstellung einer Art „unschuldigen“ Produktivkraftentwicklung brach.<sup>26</sup> Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse seien eben nicht unbedingt nur eine Art äü-

<sup>20</sup> Vgl. ders., Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: MEW Bd. 19, S. 181–228.

<sup>21</sup> Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW Bd. 4, Berlin 1971, S. 459–493.

<sup>22</sup> Vgl. Helga Grebing, Der Revisionismus von Bernstein bis zum Prager Frühling, München 1977, S. 16–47.

<sup>23</sup> Vgl. André Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004.

<sup>24</sup> Vgl. Paul Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft, München 2000.

<sup>25</sup> Vgl. Clemens Albrecht, Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt/M. 1999.

<sup>26</sup> Vgl. Ulrich Ruschig, Über den Marxismus der Kritischen Theorie. Horkheimers Aufnahme und Weiterführung von Engels' „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, in: Zeitschrift für Kritische Theorie 42–43/2016, S. 76–96.

ßere Fessel einer an sich positiven Entfaltung der Produktivkräfte. Nein, Form und Struktur der Produktivkräfte seien vielmehr Ausdruck einer womöglich zerstörerischen kapitalistischen Eskalation, ihre moderne Entwicklung keineswegs der Weg in das „Reich der Freiheit“, sondern selbst das Gefängnis, aus dem es unter Umständen keinen Ausweg mehr gibt. Ganz ähnlich hatte der Wirtschaftssoziologe Karl Polanyi während des Zweiten Weltkriegs die Entfesselung der ökonomischen Dynamik durch die kapitalistischen Reformen um die Wende zum 19. Jahrhundert skizziert, als einen Prozess der zerstörerischen Entgrenzung, dessen Folgen im Faschismus beziehungsweise Stalinismus offensichtlich seien.<sup>27</sup>

Zunächst aber wurden die Frankfurter Vorbehalte gegen eine moderne Massenkonsumgesellschaft relevant, die weniger deren materielle Erträge als deren entfremdende Folgen in den Vordergrund stellten. Die Konsumgesellschaft wurde zum Feindbild schlechthin, nicht zuletzt weil Teile der Studentenbewegung in den 1960er Jahren die Konsumkritik aufgriffen und eine entgegengesetzte Lebensführung propagierten, jedoch ohne damit zunächst durchzudringen. Zu alltäglich waren die offenkundigen Vorteile eines Massenkonsums, den die Mehrzahl der Menschen ganz unbekümmert praktizierte. Der Tenor freilich blieb erhalten und findet sich bis in die Gegenwart als eine Art *Basso continuo* der mittlerweile wieder stark angeschwellenen Wachstumskritik.<sup>28</sup>

## GLOBALISIERUNG UND GLOBALISIERUNGSKRITIK

Einen wirklichen Wendepunkt markierten Adornos Entfremdungsängste und die Vorbehalte linker Studenten gegenüber dem Konsumverhalten der im Grunde verachteten Massen daher noch nicht. Brisanz erhielt die Debatte erst aus der Kombination sich häufender Umweltskandale ab Ende der 1960er Jahre mit den etwa gleichzeitig laut werdenden Botschaften des Club of Rome und der bald einsetzenden Ölpreiskrise, nach der die Utopie des leichten und unkomplizierten Zugriffs auf

die globalen Ressourcen als Schmiermittel des Wachstums zerplatzte. Zugleich bereitete die große Wirtschaftskrise dem „Traum vom immerwährenden Wachstum“ 1975 ein abruptes Ende.<sup>29</sup>

Die öffentlichen Reaktionen waren ganz unterschiedlich: Während die Wirtschaftspolitik der westlichen Staaten händeringend nach einem Weg suchte, zum Wachstumskurs zurückzukehren und die Probleme der Ressourcenversorgung durch Sparen oder Substitution (Atomenergie statt Öl) zu lösen, mehrten sich die öffentlichen Proteste, die eine derartige Strategie für ökologisch nachteilig, wirtschaftlich aussichtslos und energiepolitisch gefährlich ansahen.<sup>30</sup> Nicht Wachstumskritik stand im Vordergrund der an politischer Bedeutung zunehmenden Proteste, sondern ökologische Fragen und die vermeintlich existenzbedrohende Gefährlichkeit der Atomenergie. Doch es wurde rasch offensichtlich, dass die Wachstumshoffnungen der „etablierten“ Politik nicht geteilt, ja für illusorisch gehalten wurden. Für derartige Auffassungen war der Untergang des realen Sozialismus ein bitterer Rückschlag – nicht nur weil die Menschen in den Ostblockstaaten offensichtlich eine westliche Wirtschaft und einen entsprechenden Lebensstandard wünschten. Mit dem globalen Sieg des Kapitalismus und der sich seit den 1990er Jahren ausbreitenden Globalisierung kehrten sogar die Wachstumshoffnungen zurück. Doch spätestens mit der Weltfinanzkrise ab 2007 schlug das Pendel um.

Jetzt verband sich die ökologische Kritik, die nun vor allem auf den Klimawandel fokussierte, mit jener an der kapitalistischen Globalisierung und den katastrophalen Erwartungen, die die Entwicklung an den globalen Finanzmärkten ausgelöst hatten.<sup>31</sup> Im Kern dieses Knäuels liegt eine Art entfesselter, global ausgreifender Kapitalismus, dessen Dynamik nun auch in den eher konservativen Kreisen der klassischen Wachstumsbefürworter in die Debatte geriet. Weit entfernt davon, die Grundsatzkritik am Kapitalismus zu teilen, wurde unter dem Eindruck einer zunehmend skeptischen öffentlichen Meinung auch hier die Vorstellung einer „nachhaltigen Transforma-

<sup>27</sup> Vgl. Karl Polanyi, *The Great Transformation*, Wien 1977 (zuerst engl. 1944).

<sup>28</sup> Vgl. Thomas Hecken, *Das Versagen der Intellektuellen. Eine Verteidigung des Konsums gegen seine deutschen Verächter*, Bielefeld 2010.

<sup>29</sup> Vgl. Niall Ferguson et al. (Hrsg.), *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, Cambridge MA–London 2010.

<sup>30</sup> Vgl. Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hrsg.), *Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen 2010.

<sup>31</sup> Die Literatur hierzu ist gewaltig; vgl. etwa Dani Rodrik, *Das Globalisierungs-Paradox*, München 2010.

mation“ der Wirtschaft, namentlich der Energiegewinnung und -nutzung, nicht nur populär, sondern zu einer politischen Aufgabe erklärt. Diese habe der Staat in absehbarer Zeit zu bewältigen, um die Voraussetzungen einer dauerhaften wirtschaftlichen Leistungssteigerung zu sichern. Seit dieser Zeit erhielt der Begriff „Degrowth“ überhaupt erst seinen enormen Auftrieb, der weit über das traditionell antikapitalistische Milieu bis in die Kirchen und viele intellektuelle Kreise reicht, in denen nun auch wieder der gesamte semantische Bestand an Vorbehalten gegen die moderne Wirtschaft mit ihrer Massenproduktion und ihrem Massenkonsum mobilisiert wurde.

### DILEMMA DER WACHSTUMSKRITIK

Rekapituliert man die Debatte, so zeigen sich bemerkenswerte Muster. Sozial gesehen war der Hintergrund der Kritik an der modernen Wirtschaft zunächst vor allem ein Oberschichtenphänomen. In Wirtschaftsfragen ging es seit Aristoteles nicht um möglichst effiziente Knappheitsbewältigung, sondern um Lebensfragen einer nicht unter Knappheit leidenden Oberschicht, der durchweg empfohlen wurde, sich um materielle Fragen nicht zu sorgen, ja sich ihnen in keiner Weise, etwa dem Gelderwerb, auszusetzen oder das Leben nach dessen Zwängen einzurichten.

Die moderne kapitalistische Wirtschaft, die sich in Westeuropa seit dem 17. Jahrhundert mit dem Phänomen kapitalintensiver Massenproduktion durchsetzte und nach und nach zur dominanten Alltagspraxis insbesondere der vermögenslosen Menschen und der neu entstehenden Industriebourgeoisie aufstieg, war in dieser Sicht vor allem vulgär. Sie schuf wenig Wertvolles und versetzte die Masse der Bevölkerung, die den Konsumversprechen hinterherlief, in einen gefährlichen Zustand der Gärung. Diese Kritik hat sich im Laufe der Jahre zwar vielfach gehäutet, ist im Kern in der Ablehnung des Massenkonsums, des Warnens vor der Verführung durch Ramsch und in der Angst, durch die Scheinwelt des Konsums das eigene Selbst zu verlieren, aber erstaunlich stabil geblieben – auch wenn sich sozial gesehen ihre Trägerschaft gewandelt hat. An die Stelle von Adel und Geistlichkeit ist im Laufe der Jahre, ein wenig zugespitzt gesagt, ein Amalgam aus Kirchenvertretern und Intellektuellen getreten, die das uralte Mantra in unendlichen Variationen immer wieder neu bedienen.

Von ökonomischen Problemen im engeren Sinn war dabei bestenfalls ausnahmsweise die Rede. Die Frage, wie eine Steigerung der verfügbaren Gütermengen zu angemessenen Kosten möglich ist, um möglichst große Teile der ja keineswegs vermögenden Bevölkerung angemessen zu versorgen, wurde zumeist überhaupt nicht gestellt, geschweige denn beantwortet. Dass es genügend Güter gibt, wurde einfach vorausgesetzt. Zum Kern der Wachstumsfrage, die auf die Bedingungen und Möglichkeiten der Steigerung der (Arbeits-)Produktivität zielt, um mit den gegebenen Ressourcen möglichst hohe Produktionsziele zu erreichen, also bei einer gegebenen Produktion den Ressourcenverbrauch möglichst zu minimieren, drang die Debatte kaum je vor.

Die seit dem 19. Jahrhundert feststellbaren Produktivitätssteigerungen zunächst im Bereich der Landwirtschaft und später ebenso im Gewerbe durch eine Umstellung der Produktionsverhältnisse, sprich durch Etablierung kapitalistischer Produktionsverfahren, wurden nicht als Überwindung existenzieller Knappheit für die wenig vermögenden Menschen begrüßt, sondern als die Ursache aller nur möglichen sozialen und ökologischen Schäden hingestellt. Diese Einseitigkeit, ja dieses Ressentiment fand allerdings auch seine Entsprechung in der Haltung der Protagonisten der modernen Wirtschaft, die einem naiven Wachstumsbegriff huldigten, der allein die Produktionserfolge, nicht aber deren Kosten und Folgen sehen wollte. Solange für große Teile der Bevölkerung die Ausweitung der Produktion wesentliche Vorteile brachte, waren die „Wachstumsenthusiasten“ – namentlich die Industriellen, die Vertreter der modernen Landwirtschaft, aber auch viele Angehörige der Arbeiterbewegung – argumentativ und faktisch in einer günstigen Lage, während die Wachstumskritik unter Knappheitsbedingungen stets sozial isoliert war.

Erst mit dem Übergang zur Massenkonsumgesellschaft in den fortgeschrittenen westlichen Volkswirtschaften änderte sich das Bild, da einerseits die Knappheit sukzessive einer ungeahnten Fülle Platz machte, andererseits die Folgeschäden der insofern „entfesselten“ Massenproduktion immer offensichtlicher wurden. Zu einer die gesellschaftlichen Debatten prägenden Dominanz kam die Wachstumskritik unter ökologischen Vorzeichen allerdings erst in den 1980er Jahren, als die Umweltbelastungen nicht mehr mit dem Hinweis auf den wirtschaftlichen Fortschritt

schöngeredet werden konnten. Die ungehinderte Globalisierung und der offenkundige Klimawandel führten nach der Jahrtausendwende zu einer neuen Diskussionslage, zumal die wirtschaftlichen Erfolge der westlichen Länder im Zuge postkolonialer Bewertungen nicht als Eigenleistung, sondern als Ergebnis von Raub und Betrug hingestellt werden konnten. Die Verbindung der älteren Wachstums- und Massenkonsumskepsis mit der Auseinandersetzung um Globalisierung und Klimawandel hat sich als überaus wirkmächtig erwiesen.

Die sich daraus herleitenden Verzichts- und Degrowth-Appelle reproduzieren das alte Dilemma: Der Ressourcenverbrauch und die Kollateralschäden der Massenproduktion werden ins Zentrum gerückt, die Frage der Produktivitätsentwicklung wird aber kaum angesprochen. Insofern sind die Einwände derer, die Degrowth angesichts der Armut in vielen Teilen der Welt für fatal halten, nicht von der Hand zu weisen. In der Masse der wachstumskritischen Literatur, in der einer Metaanalyse zufolge der normative Gesichtspunkt ohne eigentliche empirische Basis vorherrscht, geht es um derartige Probleme aber nicht. Es wird unterstellt, das über die Zunahme des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts messbare Wachstum sei weder materiell nötig noch ökologisch vertretbar. Mehr als eine symbolische Vorstellung von Wirtschaft und Wachstum ist damit nicht verbunden. Wie das Wachstum zustande kommt, was also genau schrumpfen soll und welche Folgewirkungen das im Einzelnen hat, bleibt offen. Sehr viele, ganz unterschiedliche Sektoren tragen ja zu jenem Wachstum ebenso bei, wie seine Höhe nicht allein vom Ressourcenverbrauch, sondern auch vom Einsatz an Arbeit und Kapital, von Humankapital und Investitionen in Forschung und Entwicklung abhängt. Eine naive Vorstellung des Schrumpfens besteht in der Deckelung der Produktion und der Senkung des Rohstoffverbrauchs, bei der Fragen der Wechselwirkung einzelner Schrumpfungsschritte mit anderen Bereichen völlig ungeklärt sind.<sup>32</sup>

Ein Weiteres kommt hinzu: Dass eine gezielte Schrumpfung des ökonomischen Prozesses spontan nicht eintritt, dürfte offensichtlich sein. Es be-

darf politischer Entscheidungsprozesse wie derzeit bei der Energiewende, die dann freilich vor dem Problem stehen, wie diese Steuerung erfolgen soll. Woher kommt das Wissen um die Wirkung von Eingriffen in ökonomische Abläufe? Woher weiß „die Politik“, an welcher Stelle und mit welchen Mitteln welche Maßnahmen zu ergreifen sind? Und sind derartige Steuerungen mit den gegebenen institutionellen Strukturen der Wirtschaft (Privateigentum, dezentrale Entscheidungen und so weiter) überhaupt vereinbar, oder ist nicht eine Änderung der Handlungsrechte, also eine Aufhebung kapitalistischer Regeln, Voraussetzung, dass überhaupt derart eingegriffen werden kann?

Ein gezieltes Weniger sähe sich also mit einem gewaltigen Dilemma konfrontiert, das daraus folgt, dass ein breites Schrumpfen die Produktivitätsdynamik auch dort beschädigen würde, wo Wachstum und Wandel gerade erwünscht sind – etwa im Bereich der Medizintechnik, des Anlagenbaus oder der nachhaltigen Techniken (etwa Elektromobilität). Die Degrowth-Konzepte sind insofern nicht nur unterkomplex und unterschätzen die Bedeutung bestimmter Eingriffe; sie führen tendenziell auch zu einer Überforderung der politischen Steuerung, die mit Aufgaben konfrontiert wird, die sie schlicht nicht lösen kann, zumal mit der Senkung der Produktion und der Produktivität auch der materielle politische Handlungsspielraum schwindet. Das ist, wohlgemerkt, kein Plädoyer dafür, die Kosten der Massenproduktion zu vernachlässigen, sondern eher für eine politisch zu fördernde Verbindung von Produktivitätssteigerung und Strukturwandel, wie sie ja für die bisherige Wirtschaftsgeschichte typisch war. Die materielle Substanz der wirtschaftlichen Leistung hat sich seit der Industrialisierung laufend gewandelt; Industriezweige, die lange vorherrschend waren, sind verschwunden, andere an ihre Stelle getreten. Es spricht nichts dafür, dass das in Zukunft anders sein sollte. Politische Eingriffe, die Strukturwandel verzögern oder gar behindern, waren langfristig zu keiner Zeit erfolgreich.

#### WERNER PLUMPE

ist Professor i.R. für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

<sup>32</sup> Siehe den überaus ernüchternden Beitrag von Ivan Savin/Jeroen van den Bergh, *Reviewing Studies of Degrowth: Are Claims Matched by Data, Methods and Policy Analysis?*, in: *Ecological Economics* 226/2024, S. 1–41.

## ESSAY

# WARUM MODERNE GESELLSCHAFTEN WACHSTUM BRAUCHEN

*Julia Braun*

Immer häufiger ist von Deutschlands Wachstumsschwäche die Rede. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zeigt für die Jahre 2023 und 2024 gar ein Abgleiten in die Rezession.<sup>01</sup> Auch im Jahr 2025 findet Deutschland voraussichtlich nicht aus der Stagnation und gilt damit erneut als der „kranke Mann Europas“.<sup>02</sup> Es wäre das dritte Jahr in Folge ohne Wachstum. Bei genauerer Betrachtung wird jedoch ersichtlich, dass Deutschland bereits 2018 – also deutlich vor der Covid-19-Pandemie – von seinem Wachstumskurs abgekommen ist.<sup>03</sup>

Doch warum ist diese Stagnation, oder gar Rezession, problematisch? Schließlich argumentieren Befürworter von Postwachstum und Degrowth, dass wir uns ohnehin von der Wachstumsfixierung verabschieden sollten. Die zentrale Frage lautet daher: Weshalb ist Wirtschaftswachstum für unsere Gesellschaft überhaupt notwendig?

Die Antwort ist ebenso einfach wie vielschichtig. Wie die nachfolgenden Ausführungen zeigen, ist Wachstum wichtig, um den Lebensstandard zu erhöhen und grundlegende Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. In hochentwickelten Volkswirtschaften wie Deutschland erfüllt Wachstum heute vor allem drei zusätzliche Funktionen: Es wirkt erstens als Stabilisator von Wirtschaft und Gesellschaft, bildet zweitens die Basis für die Finanzierung des Sozialstaats und notwendige Investitionen und ist drittens die zentrale Voraussetzung für Innovation und technischen Fortschritt.

## WAS IST WIRTSCHAFTSWACHSTUM?

Wirtschaftswachstum bedeutet zunächst einmal, dass eine Volkswirtschaft im Zeitverlauf eine größere Menge und höhere Qualität an Gütern und Dienstleistungen hervorbringt als zuvor. In der klassischen Ökonomie wird Wachstum in der Re-

gel als die Zuwachsrate des realen BIP gemessen, also dem inflationsbereinigten Marktwert aller Güter und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres in einer Volkswirtschaft erzeugt werden. Besonders gebräuchlich ist das „BIP pro Kopf“, das die Wirtschaftsleistung ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl setzt und damit als Indikator für den durchschnittlichen Lebensstandard dient. Zahlreiche empirische Studien zeigen, dass dieser Indikator eng mit vielen Dimensionen des menschlichen Wohlergehens korreliert – etwa mit Einkommen, Gesundheit oder der Lebenserwartung.<sup>04</sup>

Ein Blick in die Geschichte verdeutlicht diesen Zusammenhang und zeigt zugleich, welches Phänomen Wachstum ist. Über Jahrhunderte stagnierte die Wirtschaftsleistung nahezu, der Lebensstandard im 14. Jahrhundert unterschied sich kaum von demjenigen in der Römerzeit.<sup>05</sup> Erst mit der Industriellen Revolution setzte im frühen 19. Jahrhundert ein durchgreifender Wandel ein: Wirtschaftsleistung, Einkommen, Gesundheit und Lebenserwartung der Bevölkerung stiegen massiv an.<sup>06</sup> Das BIP pro Kopf erhöhte sich zwischen 1820 und 2010 im Durchschnitt über alle Länder hinweg um das Zehnfache.<sup>07</sup> 1820 lag die Lebenserwartung weltweit bei 29 Jahren, heute beträgt sie über 71 Jahre.<sup>08</sup> Im selben Zeitraum stieg die Alphabetisierungsrate von 12 auf über 85 Prozent.<sup>09</sup> Wachstum hat für viele Menschen auf der ganzen Welt einen „ungeheuren materiellen Wohlstand“ erzeugt.<sup>10</sup> Auch andere Bereiche unseres Lebens haben sich positiv verändert. Die Arbeitszeiten beispielsweise sanken deutlich, sodass Menschen heute über mehr Freizeit verfügen.<sup>11</sup>

Wirtschaftswachstum war historisch also die zentrale Triebkraft für steigenden Wohlstand. Zugleich darf nicht übersehen werden, dass dieser Aufstieg eng mit einem massiven Verbrauch natürlicher Ressourcen verbunden war. Genau deshalb ist seine Rolle heute so umstritten. Doch die Kritik am Wachstumsparadigma selbst ist ein

Thema für wohlhabende Gesellschaften. Sie setzt erst dort ein, wo Grundbedürfnisse bereits gedeckt sind.<sup>12</sup> Gleichzeitig ist klar: In ärmeren Ländern ist quantitatives Wachstum nach wie vor unverzichtbar, um Armut zu bekämpfen und elementare Bedürfnisse zu sichern. In fortgeschrittenen Volkswirtschaften, in denen alle Grundbedürfnisse – zumindest für einen großen Teil der Bevölkerung – gedeckt sind, stellt sich hingegen die Frage: Braucht es überhaupt noch Wachstum?

## WACHSTUM ALS STABILISATOR

Manche Stimmen argumentieren, hochentwickelte Volkswirtschaften könnten sich vom Wachstumsparadigma lösen. Doch die Realität zeigt, dass Wachstum in unserem Wirtschaftssystem ein zentraler Stabilitätsfaktor ist. Denn Wachstum sorgt dafür, dass Unternehmen investieren, neue Arbeitsplätze entstehen und Einkommen steigen. Fällt diese Dynamik weg, kehrt sich der Prozess rasch um, und Arbeitsmarkt, Staatshaushalt und die sozialen Sicherungssysteme geraten unter Druck. Der Schweizer Ökonom Mathias Binswanger spricht deshalb von einem „Wachstumszwang“: Kapitalistische Volkswirtschaften benötigen Expansion, um ihre Strukturen aufrechtzuerhalten. Unternehmen investieren nur, wenn sie von zukünftiger Nachfrage ausgehen. Bleibt diese aus, bricht die Dynamik weg – mit Folgen für Beschäftigung und Wohlstand.<sup>13</sup> Die aktuelle Lage in Deutschland verdeutlicht dies: Im August 2025 lag die Anzahl der Arbeitslosen bei etwas über drei Millionen – so hoch wie seit 15 Jahren nicht mehr.<sup>14</sup> Zwar spielen dafür

strukturelle Faktoren eine Rolle, doch schwaches Wachstum wirkt als Verstärker.

Darüber hinaus ist das Finanzsystem auf Wachstum angewiesen: Pensionskassen, Lebensversicherungen und private Anleger profitieren, wenn Unternehmen Gewinne machen, Aktienkurse steigen und Märkte wachsen. Ohne Wachstum würde diese Grundlage erodieren.

Wirtschaftswachstum trägt zudem entscheidend zur Finanzierung staatlicher Aufgaben bei. Steigende Einkommen und Unternehmensgewinne bedeuten höhere Steuer- und Beitragszahlungen, mit denen Renten, Gesundheitssystem, Bildung, Infrastruktur oder Verteidigung finanziert werden können. Fehlt Wachstum, verhärten sich Verteilungskonflikte. Investitionsausgaben werden häufig hintangestellt oder – wie mit dem jüngst beschlossenen kreditfinanzierten Sondervermögen für Investitionen – über Schulden finanziert. Damit steigt nicht nur die Belastung künftiger Generationen, sondern auch das Risiko politischer Polarisierung. Besonders sichtbar wird dies am umlagefinanzierten Rentensystem. Immer weniger Erwerbstätige müssen immer mehr Rentner tragen. Ohne steigende Produktivität und Einnahmen drohen die Finanzierungslücken noch größer zu werden.

Die 168. Steuerschätzung unterstreicht die Auswirkungen zäher Konjunktur auf den Staatshaushalt: Bund, Länder und Kommunen müssen 2025 mit rund drei Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen rechnen, 2026 gar mit zehn Milliarden weniger.<sup>15</sup> Noch drastischer wird das Bild in der längerfristigen Betrachtung: Nach Berechnungen der Warburg Bank ging Deutschland seit 2018 durch die Abkehr vom alten Wachstums-

**01** Vgl. Michael Mayer/Lars Other/Rudi Stooff, BIP-Korrektur: Deutschlands Konjunktur im neuen Licht, 1.9.2025, [www.metzler.com/de/metzler/news/bank/private-banking/250901-kapitalmarktkommentar](https://www.metzler.com/de/metzler/news/bank/private-banking/250901-kapitalmarktkommentar).

**02** Vgl. Deutsche Bundesbank, Deutschland-Prognose: Wirtschaftliche Erholung kommt langsam in Gang, 6.6.2025, [www.bundesbank.de/de/presse/pressemitteilungen/deutschland-prognose-wirtschaftliche-erholung-kommt-langsam-in-gang-959260](https://www.bundesbank.de/de/presse/pressemitteilungen/deutschland-prognose-wirtschaftliche-erholung-kommt-langsam-in-gang-959260).

**03** Vgl. Bert Rürup, Wachstum ist nicht alles, aber ohne Wachstum geht nichts voran, 14.8.2023, [www.handelsblatt.com/29336556.html](https://www.handelsblatt.com/29336556.html).

**04** Vgl. Daniel Susskind, *Growth: A Reckoning*, London 2024.

**05** Vgl. ebd., S. 10f.

**06** Vgl. Philippe Aghion/Céline Antonin/Simon Bunel, *The Power of Creative Destruction. Economic Upheaval and the Wealth of Nations*, Cambridge MA 2021, S. 21 ff.

**07** Vgl. Jutta Bolt/Marcel Timmer/Jan Luiten van Zanden, GDP per Capita Since 1820, in: Jan Luiten van Zanden et al. (Hrsg.), *How Was Life? Global Well-Being Since 1820*, Paris 2014, S. 57–72.

**08** Vgl. Saloni Dattani et al., *Life Expectancy*, 2023, <https://ourworldindata.org/life-expectancy>.

**09** Vgl. Katharina Buchholz, *The Global Literacy Rate Currently Stands at 87 %, up from 12 % in 1820*, 12.9.2022, [www.weforum.org/stories/2022/09/reading-writing-global-literacy-rate-changed](https://www.weforum.org/stories/2022/09/reading-writing-global-literacy-rate-changed).

**10** Mathias Binswanger, *Der Wachstumszwang. Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben*, Weinheim 2019, S. 16.

**11** Vgl. Susskind (Anm. 4), S. 83.

**12** Vgl. Binswanger (Anm. 10), S. 17.

**13** Vgl. ebd.

**14** Vgl. Arbeitslosenzahl steigt über Marke von drei Millionen, 29.8.2025, [www.tagesschau.de/wirtschaft/arbeitsmarkt/arbeitsmarkt-arbeitslosenzahlen-august-100.html](https://www.tagesschau.de/wirtschaft/arbeitsmarkt/arbeitsmarkt-arbeitslosenzahlen-august-100.html).

**15** Vgl. Höheres Wirtschaftswachstum notwendig, 15.5.2025, [www.bundesregierung.de/-2347744](https://www.bundesregierung.de/-2347744).

pfad rund eine Billion Euro an zusätzlicher Wertschöpfung verloren. Bei einer Steuerquote von 23 Prozent wäre dadurch genug fiskalischer Spielraum entstanden, um das Sondervermögen der Bundeswehr zu finanzieren und zugleich steigende Sozialversicherungsbeiträge zu vermeiden.<sup>16</sup> Wachstum entlastet damit nicht nur die öffentlichen Haushalte, sondern auch direkt die Bürger. Es dient nicht nur als ökonomischer Stabilisator und Finanzierungsquelle, sondern entschärft gesellschaftliche Verteilungskonflikte.

### WACHSTUM ALS INNOVATIONSMOTOR

Ein weiterer Grund, weshalb Wachstum in hochentwickelten Volkswirtschaften unverzichtbar bleibt, liegt in seiner Rolle als Innovationsmotor. Wie uns die Geschichte lehrt, sind Innovation und die Verbreitung von Wissen entscheidende Grundlagen für technischen Fortschritt und langfristigen Wohlstand.<sup>17</sup> Innovationen entstehen jedoch nicht zufällig, sie entstehen in einem Umfeld, in dem Unternehmen Anreize und Spielräume haben, in neue Ideen, Technologien und Geschäftsmodelle zu investieren.

Innovation beruht auf Entscheidungen von Unternehmern, ihre Zeit und Ressourcen in Forschung und Entwicklung zu investieren. Dies tun sie in der Regel, da sie durch sogenannte Innovationsrenten motiviert sind, also durch potenzielle Erträge, die ihnen aus neuen Technologien oder Produkten erwachsen.<sup>18</sup> All das, was diese individuellen Gewinne sichert, motiviert die Unternehmer, noch mehr in Innovation zu investieren. Und was sichert diese Renten? Ein zentraler Faktor ist der Schutz des Eigentums: In Ländern mit stärker ausgeprägten Eigentumsrechten wird mehr Innovation hervorgebracht.<sup>19</sup> Genauso wichtig wie solche institutionellen Sicherheiten sind die Wachstumsaussichten der Märkte selbst. Denn eine Innovation wird nur dann weiter vorangetrieben, wenn sie Nachfrage erzeugt und damit die Grundlage für ein tragfähiges Geschäftsmodell schafft. In einer florierenden und expandierenden

Wirtschaft ist es für Unternehmen leichter, genügend zahlungsbereite Kunden zu finden und sich einen Platz im Markt zu erkämpfen. Ohne Wachstumsaussichten fehlt der Anreiz zu investieren.

Innovation konzentriert sich daher in jenen Märkten, die Wachstumsaussichten versprechen. Nur dort sind die Renditeerwartungen hoch genug, um riskante Investitionen in Forschung und Entwicklung zu rechtfertigen. Ein Beispiel sind Immuntherapien in der Krebsbehandlung: Zwar sind sie noch sehr teuer in der Anwendung, doch der Markt wird bereits auf rund 136 Milliarden US-Dollar geschätzt und soll sich bis 2034 fast verdreifachen.<sup>20</sup> Derartige Wachstumsaussichten ziehen Kapital, Talente und Ideen an – deshalb fließen Milliarden in klinische Studien und Entwicklung, mit der Folge, dass Kosten sinken und einstige Nischenprodukte zum Standard werden. Solche disruptiven Innovationen können ganze Lebensbereiche verändern. Sie schaffen damit nicht nur ökonomische Dynamik, sondern auch einen direkten gesellschaftlichen Mehrwert. Ohne die Erwartung, dass Märkte wachsen, wären solche Investitionen undenkbar.

Wenn dagegen einzelne Märkte oder gar die gesamte Wirtschaft stagnieren, sinkt die Nachfrage, und die Renditeaussichten werden kleiner. Unternehmen verzeichnen dann weniger Einnahmen, weshalb ihnen mittelfristig Spielräume für Forschung und Entwicklung fehlen und Investitionen in bahnbrechende Innovationen ungleich riskanter werden. Wer würde Milliarden in Technologien stecken, wenn die Nachfragebasis dafür fehlt? Nicht nur wird der Anreiz kleiner, Forschung zu betreiben; zugleich wachsen Spar- und Wettbewerbsdruck. Eine Studie von 2024 zeigt, dass deutsche Firmen ihre geplanten Forschungs- und Entwicklungsbudgets in Krisenzeiten drastisch kürzen und insbesondere „Frontier-Innovationen“ – also besonders risikoreiche, aber potenziell bahnbrechende Projekte – verschieben oder ganz einstellen. Der Hauptgrund dafür sei der krisenbedingte zyklische Nachfragerückgang.<sup>21</sup> Die Folge: Die technologische Entwicklung verlangsamt sich.

<sup>16</sup> Vgl. Rürup (Anm. 3).

<sup>17</sup> Vgl. Aghion/Antonin/Bunel (Anm. 6), S. 39.

<sup>18</sup> Vgl. ebd., S. 15.

<sup>19</sup> Vgl. Daron Acemoglu/James A. Robinson, *Why Nations Fail. The Origins of Power, Prosperity, and Poverty*, London 2012, S. 105 ff.; Aghion/Antonin/Bunel (Anm. 6), S. 36.

<sup>20</sup> Vgl. Precedence Research, *Cancer Immunotherapy Market*, 18.8.2025, [www.precedenceresearch.com/cancer-immunotherapy-market](https://www.precedenceresearch.com/cancer-immunotherapy-market).

<sup>21</sup> Vgl. Michaela Elfsbacka-Schmöller/Olga Goldfayn-Frank/Tobias Schmidt, *Do Recessions Slow Technology Growth? Evidence from the Firm Level*, Bank of Finland Research Discussion Paper 15/2024.

Doch Wirtschaftswachstum erleichtert nicht nur bestehenden Unternehmen das Leben. Insbesondere junge Firmen und Gründer mit gänzlich neuen Ideen sind auf Wachstum angewiesen – für Startups ist es wesentlich einfacher, in Aufschwungsphasen mit ihren Ideen und Produkten an den Markt zu gehen.<sup>22</sup> Diese Beobachtung ist deshalb so wichtig, da junge und innovative Firmen für unseren langfristigen Wohlstand von besonderer Bedeutung sind. Empirische Arbeiten zeigen, dass es genau diese Firmen sind, die wirklich radikale Innovationen hervorbringen, die in der Lage sind, ganze Märkte zu verändern.<sup>23</sup>

Der Ökonom und Nobelpreisträger Paul Krugman argumentiert, dass die Fähigkeit eines Landes, seinen Lebensstandard anzuheben, vor allem von seiner Fähigkeit abhängt, die Produktivität (also die Wertschöpfung je Arbeitskraft) zu steigern. In Krugmans Worten: „Productivity isn’t anything, but in the long run it is almost everything“ („Produktivität ist nicht alles, aber auf lange Sicht ist sie fast alles“).<sup>24</sup> Warum ist das so? Der Grund liegt in den abnehmenden Grenzerträgen von Kapital und Arbeit. Eine Zunahme von Arbeitskräften oder Maschinen führt zwar kurzfristig zu höherem Output, doch dieser Effekt lässt sich nicht unbegrenzt steigern. Ohne Produktivitätsfortschritte würde das Wachstum irgendwann durch Bevölkerungs- oder Ressourcengrenzen gestoppt.<sup>25</sup> Diese Einsicht wurde durch das sogenannte Solow-Swan-Modell in den 1950er Jahren formalisiert: Langfristiges Wachstum kann nicht allein durch Kapital- und Arbeitsakkumulation erklärt werden, sondern setzt technologischen Fortschritt – gleichbedeutend mit Produktivitätsfortschritt – voraus,<sup>26</sup> für den Innovation die notwendige Bedingung ist.<sup>27</sup>

<sup>22</sup> Vgl. Petr Sedláček/Vincent Sterk, The Growth Potential of Startups over the Business Cycle, in: American Economic Review 10/2017, S. 3182–3210.

<sup>23</sup> Vgl. Ufuk Akcigit/William R. Kerr, Growth Through Heterogeneous Innovations, in: Journal of Political Economy 4/2018, S. 1374–1443.

<sup>24</sup> Paul Krugman, The Age of Diminished Expectations, Cambridge MA 1997, zit. in Susskind (Anm. 4), S. 177.

<sup>25</sup> Vgl. Susskind (Anm. 4), S. 177.

<sup>26</sup> Vgl. Gilbert Cetté/Aurélien Devillard/Vincenzo Spiezia, Growth Factors in Developed Countries. A 1960–2019 Growth Accounting Decomposition, in: Comparative Economic Studies 2/2022, S. 159–185.

<sup>27</sup> Vgl. Peter Howitt, Endogenous Growth Theory, in: Steven N. Durlauf/Lawrence E. Blume (Hrsg.), The New Palgrave Dictionary of Economics, London 2008, S. 1732–1735.

Gerade für hochentwickelte Volkswirtschaften, die bereits über einen ausgeprägten Arbeits- und Kapitalstock verfügen, ist Innovation wichtig. Während Schwellenländer durch „catch-up growth“ aufholen können, indem sie bestehende Technologien übernehmen, müssen fortgeschrittene Ökonomien ständig an der technologischen Grenze operieren.<sup>28</sup> Ihre Weiterentwicklung hängt entscheidend von der Fähigkeit ab, neue Ideen hervorzubringen. Empirische Untersuchungen bestätigen, dass der überwiegende Teil des Wohlstandszuwachses in Industrieländern auf Produktivitätssteigerungen beruht.<sup>29</sup>

Innovation ist deshalb nicht nur wünschenswert, sondern unabdingbar. Sie sorgt dafür, dass trotz begrenzter Rohstoffe und abnehmender Skalenerträge Produktivitätsfortschritte möglich bleiben. Für eine exportorientierte Volkswirtschaft wie Deutschland sind Produktivitätsgewinne zudem entscheidend, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Gerade disruptive Entwicklungen – etwa in Biotechnologie, Digitalisierung oder Energieversorgung – transformieren ganze Sektoren und stoßen nachhaltige Produktivitätsgewinne an. Sie bilden damit die Grundlage für die Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben, allen voran der ökologischen Transformation, die ohne kontinuierliche Effizienzsteigerungen und neue Technologien nicht zu bewältigen ist.

## VORAUSSETZUNG FÜR ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION

Der Umbau hin zu klimaneutralen Volkswirtschaften erfordert Investitionen in bislang unbekanntem Ausmaß. Allein um Deutschland bis 2045 klimaneutral zu machen, so eine Studie von McKinsey aus dem Jahr 2021, seien pro Jahr rund 240 Milliarden Euro an Investitionen notwendig.<sup>30</sup> Wachstumskritiker betonen zu Recht, dass historisches Wachstum eng mit dem Verbrauch fossiler Energieträger verknüpft war und wesentlich zum Klimawandel beigetragen hat. Doch da-

<sup>28</sup> Vgl. Aghion/Antonin/Bunel (Anm. 6), S. 16.

<sup>29</sup> Vgl. Robert M. Solow, Technical Change and the Aggregate Production Function, in: Review of Economics and Statistics 3/1957, S. 312–320.

<sup>30</sup> Vgl. Kathrin Witsch et al., Der Umbau zur klimaneutralen Wirtschaft kostet Deutschland sechs Billionen Euro, 9.9.2021, [www.handelsblatt.com/27596596.html](http://www.handelsblatt.com/27596596.html).

raus folgt nicht, dass Wachstum per se problematisch ist – es kann vielmehr Teil der Lösung sein.

Beispiele aus der Praxis zeigen, dass „grünes Wachstum“ möglich ist. Märkte für Cleantech (saubere Technologien), die sich explizit dem Schutz der Umwelt verschrieben haben, zählen heute zu den Wachstumstreibern und tragen spürbar zum BIP bei. Längst lässt sich also auch mit Klimaschutz Geld verdienen.<sup>31</sup> Ökonomische Forschung belegt zudem, dass staatliche Anreize die Wachstumsaussichten auf Märkten für grüne Technologien verbessern und so privates Kapital in diese Bereiche lenken können.<sup>32</sup> Durch politische Vorgaben und technologischen Fortschritt konnten zum Beispiel die Kosten für Photovoltaikmodule so stark gesenkt werden, dass sie vielerorts zur günstigsten Form der Stromerzeugung wurden.<sup>33</sup>

Auch eine „absolute Entkopplung“, also ein Zustand, in dem das BIP wachsen kann, während die CO<sub>2</sub>-Emissionen sinken, zeichnet sich zunehmend ab.<sup>34</sup> In der EU wuchs das reale BIP seit 1990 um rund 60 Prozent, während die CO<sub>2</sub>-Emissionen im gleichen Zeitraum um mehr als 30 Prozent sanken.<sup>35</sup> Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung warnt jedoch, dass dies lange nicht für alle (fortgeschrittenen) Volkswirtschaften gilt und diese Entkopplung global bislang zu langsam verläuft, um bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen.<sup>36</sup> Damit die

Transformation gelingt, müssen Investitionen in grüne Technologien und Infrastruktur deutlich ausgeweitet werden.

Stagnation und Rezession dagegen bremsen den ökologischen Fortschritt. Die Umweltökonom Alex Bowen und Cameron Hepburn zeigen, dass ökonomische Krisen Investitionen in saubere Technologien regelmäßig verzögern oder verhindern, weil Unternehmen und Staaten unter finanziellen Druck geraten. Degrowth mag auf den ersten Blick ökologisch plausibel wirken – in der Praxis würde es den notwendigen Umbau eher blockieren.<sup>37</sup>

Wachstum ist damit kein Gegensatz zu Klimaschutz, sondern seine notwendige Bedingung. Es schafft die ökonomische Basis und setzt die Innovationsanreize, um die ökologische Transformation zu finanzieren und voranzutreiben. Ökonomen wie Daniel Susskind widersprechen deshalb der Annahme, unendliches Wachstum sei auf einem endlichen Planeten unmöglich. Entscheidend sei nicht die absolute Menge der eingesetzten Ressourcen, sondern deren Produktivität.<sup>38</sup> Oder, wie der Wirtschaftswissenschaftler Paul Romer 2018 in seiner Nobelpreisvorlesung betonte: Ideen sind nicht rivalisierend, sie können von vielen gleichzeitig genutzt werden. Wachstum, das auf Ideen basiert, stoße daher nicht an die materiellen Grenzen des Planeten.<sup>39</sup>

## FAZIT

Wachstum ist mehr als eine statistische Kennziffer. Es stabilisiert unsere Volkswirtschaft, finanziert den Sozialstaat und die notwendigen Investitionen – und setzt die Anreize für Innovation, ohne die Fortschritt nicht möglich wäre. Die entscheidende Frage lautet nicht, ob wir weiter wachsen (sollten), sondern wie wir Wachstum und Innovation in die richtige Richtung lenken. Denn das Streben des Menschen, immer mehr zu wollen, besser zu werden, Neues zu schaffen, entspringt nicht staatlicher Verordnung, sondern dem Eigennutz – einer starken Triebkraft, die wir nicht unterdrücken, sondern in gemeinnützige Bahnen lenken sollten.<sup>40</sup>

## JULIA BRAUN

ist Forschungsreferentin am Walter Eucken Institut und Doktorandin an der Universität Freiburg. Ihre Dissertation im Bereich der angewandten Makroökonomie wird von Lars P. Feld betreut.

<sup>31</sup> Vgl. Thomas Fuster, Wachstum ist besser als sein Ruf, 16. 2. 2019, [www.nzz.ch/-ld.1459913](http://www.nzz.ch/-ld.1459913).

<sup>32</sup> Vgl. Aghion/Antonin/Bunel (Anm. 6), S. 178 f.

<sup>33</sup> Vgl. International Energy Agency (IEA), Solar PV Global Supply Chains – Executive Summary, Paris 2022, [www.iea.org/reports/solar-pv-global-supply-chains/executive-summary](http://www.iea.org/reports/solar-pv-global-supply-chains/executive-summary).

<sup>34</sup> Vgl. Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), Grünes Wachstum: 30 Prozent der Regionen weltweit entkoppeln Wirtschaftswachstum von CO<sub>2</sub>-Emissionen, 29. 10. 2024, [www.pik-potsdam.de/de/aktuelles/nachrichten/gruenes-wachstum-30-prozent-der-regionen-weltweit-entkoppeln-wirtschaftswachstum-von-co2-emissionen](http://www.pik-potsdam.de/de/aktuelles/nachrichten/gruenes-wachstum-30-prozent-der-regionen-weltweit-entkoppeln-wirtschaftswachstum-von-co2-emissionen).

<sup>35</sup> Vgl. Siddarth Singh, The Relationship Between Growth in GDP and CO<sub>2</sub> Has Loosened; It Needs to Be Cut Completely, 31. 1. 2024, [www.iea.org/commentaries/the-relationship-between-growth-in-gdp-and-co2-has-loosened-it-needs-to-be-cut-completely](http://www.iea.org/commentaries/the-relationship-between-growth-in-gdp-and-co2-has-loosened-it-needs-to-be-cut-completely).

<sup>36</sup> Vgl. PIK (Anm. 34).

<sup>37</sup> Vgl. John Cassidy, Can We Have Prosperity Without Growth?, 3. 2. 2020, [www.newyorker.com/magazine/2020/02/10/can-we-have-prosperity-without-growth](http://www.newyorker.com/magazine/2020/02/10/can-we-have-prosperity-without-growth).

<sup>38</sup> Vgl. Susskind (Anm. 4), S. 176 f.

<sup>39</sup> Vgl. Paul M. Romer, Prize Lecture, 8. 12. 2018, [www.nobelprize.org/prizes/economic-sciences/2018/romer/lecture](http://www.nobelprize.org/prizes/economic-sciences/2018/romer/lecture).

<sup>40</sup> Vgl. Fuster (Anm. 31).

## ESSAY

# VOM FALSCHEN ZUM RICHTIGEN WACHSTUM

*Lukas Scholle*

Deutschlands Wirtschaftsmodell steht vor dem Ende: Vom „kranken Mann Europas“ in den frühen 2000er Jahren hatte sich die Bundesrepublik in knapp zwei Jahrzehnten zum „Exportweltmeister“ entwickelt. Was meist als Erfolgsgeschichte bezeichnet wird, ist in Wahrheit das Gegenteil. Durch Austeritätspolitik und Lohnzurückhaltung im Euroraum übertraf Deutschland die Wachstumsraten der europäischen Nachbarn mit seinen viel zu hohen Exporten. Das ging zulasten der Nachbarländer, die im Umkehrschluss mehr oder weniger gezwungen waren, die Waren abzunehmen.

Für Deutschland ging dieses Modell halbwegs auf: So lag das reale Wachstum Deutschlands zwischen 2010 und 2017 im Durchschnitt bei 2,2 Prozent<sup>01</sup> – deutlich über dem anderer westeuropäischer Länder. Doch schon in den Jahren darauf kühlte sich die Wirtschaftslage ab, bis es durch die Pandemie ab 2020 und die Energiepreiskrise strukturell zurückgeworfen wurde. Durch die mangelnde Binnennachfrage und zu zögerliche Entlastungspakete kam die Wirtschaft nicht wieder in Gang. Im Frühjahr 2025 versetzten das von US-Präsident Donald Trump ausgelöste Zollchaos sowie die Konkurrenz aus China dem deutschen Exportmodell einen weiteren heftigen Stoß.

Zwar konnte Deutschland Mitte 2025 seinen Exportüberschuss aus dem Vorkrisenniveau fast wiederherstellen. Aber dieser mündet nicht mehr in den Wachstumsraten der 2010er Jahre. Wahrscheinlicher ist es, dass die Exportindustrie weiter an Volumen verlieren wird, was das Wachstum weiter schwächen wird. Die Industrieproduktion ist im Herbst 2025 mit einem Wert von 94,7 auf dem Produktionsindex deutlich niedriger als beim Höhepunkt 2017 mit 110,9. Ähnlich sieht es in der energieintensiven Produktion aus, die im selben Zeitraum von 105,6 auf 81,0 gefallen ist.<sup>02</sup>

Allein das zeichnet schon einen Richtungswechsel im deutschen Wachstumsmodell ab. Noch deutlicher zeigt sich das an Deutschlands ehemaliger Vorzeigewirtschaft: der Autoindustrie. Nach Angaben des Branchenverbandes VDA wurden zum Höhepunkt 2011 in Deutschland noch 5,8 Millionen Pkw produziert, 2024 waren es nur noch knapp 4,1 Millionen – ein Rückgang um rund 30 Prozent. Die Exporte sanken ähnlich drastisch, vom Spitzenwert von 4,4 Millionen im Jahr 2015 auf unter 3,2 Millionen Fahrzeuge 2024. Die Anzahl der Beschäftigten reduzierte sich von 2018 bis 2024 um 61 000.

Zu diesem grundlegenden Wachstumsproblem kommt die ökologische Komponente hinzu. Schon 2007 sprach die damalige Kanzlerin Angela Merkel implizit vom „Grünen Wachstum“: „Wir haben erlebt, dass es möglich ist, Wirtschaftswachstum und Wohlstand zu steigern, ohne gleichzeitig die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu steigern.“<sup>03</sup> Auch hier spielt die Autoindustrie eine Kernrolle: Die meisten deutschen Fahrzeuge waren mit Verbrennungsmotoren ausgestattet, deren vermeintliche „Vergrünung“ im Dieselskandal als Täuschung aufflog.

Was in Deutschland lange als „Grünes Wachstum“ verteidigt wurde, war in Wahrheit fossiles Wachstum. Während die Produktion stieg, nahm der Emissionsausstoß zwischen 2011 und 2018 nur marginal ab. Heute zeigt sich: Dieses Modell ist an sein Ende gelangt. Einerseits, weil die gesamtwirtschaftliche Lage Deutschlands sich verschlechtert hat, andererseits, weil die Branche die Transformation verschleppt hat – aber auch, weil die handelspolitischen Spannungen und die Konkurrenz aus China zugenommen haben. Damit steht Deutschland drängender als zuvor vor der Frage: Wie sollen das Wachstum und der Wohlstand von morgen aussehen?

## DREI FALSCHES WACHSTUMSSTRATEGIEN

Als Lösung auf die Frage, wie Wachstum gestaltet werden kann, kursieren – grob sortiert – drei unterschiedliche Argumentationsstränge. Alle scheitern aber an der Realität.

*Fossiles Wachstum* beschreibt das bisher dominierende Modell. Es setzt auf dauerhaftes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP), ohne die Emissionsintensität nennenswert zu verringern. Zwar gibt es Effizienzsteigerungen, sie reichen jedoch nicht, um den steigenden CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu kompensieren. In den typischen Sektoren wie Öl- und Gasindustrie, Kohle, Chemie oder der klassischen Automobilproduktion bleibt die Transformation schlicht aus. Technologische Scheinlösungen wie die CO<sub>2</sub>-Abscheidung oder Kompensationszertifikate (Emissionshandel) sollen den Betrieb dieser fossilen Infrastruktur noch so lange wie möglich sichern. Dadurch wird die Klimawende aufgeschoben und auf die Hoffnung gesetzt, sie in der Zukunft einfacher zu erreichen. Das ist insbesondere bei dem marktgetriebenen Emissionshandel ein Problem. Denn auf einen kurzfristig stark steigenden CO<sub>2</sub>-Preis können sich Unternehmen und Verbraucher schlecht einstellen, wodurch entweder die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kosten der Transformation steigen – oder die Transformation dann abgeblasen wird. Länder wie Saudi-Arabien und Russland verfolgen diese Wachstumsstrategie, aber auch die USA unter Trumps Präsidentschaft und Deutschland während Merkels Kanzlerschaft.

*Green Growth* ist die grünere Wachstumsvariante: Das Bruttoinlandsprodukt soll weiter wachsen, während die Emissionen durch massiven technologischen Fortschritt und Effizienzsteigerungen sinken. Das Ziel ist die Entkopplung des Wachstums vom Energie- und Materialver-

brauch. Dieses Modell würde die Industrieproduktion von fossil zu nachhaltig transformieren und dabei den Fokus auf Wachstum beibehalten. Exemplarisch für diese Strategie sind zum Beispiel die USA unter Joe Bidens Präsidentschaft, die Europäische Union während Ursula von der Leyens Kommissionspräsidentschaft oder Spanien unter der aktuellen Mitte-Links-Regierung. Green Growth war auch das Ziel der Ampel-Regierung in Deutschland.

*Degrowth* kehrt das Wachstumsparadigma um: Statt einer Erhöhung oder Stagnation des Bruttoinlandsprodukts soll es eine aktive Schrumpfung geben. Diese würde vor allem in fossilen Sektoren stattfinden, könnte im Endeffekt aber auch das gesamte BIP deutlich reduzieren. Gleichzeitig würde aber auch die Energieeffizienz erhöht werden. Beispiele für Degrowth im Sinne seiner Befürworter – wo also ein Aufbau der nachhaltigen Wirtschaft bereits stattfand –, gibt es nicht. Beispiele für eine BIP-Reduzierung gibt es allerdings schon: Hier wären etwa Kuba oder Griechenland zu nennen.

Diese drei Wachstumsparadigmen markieren die Spannweite zwischen dem Festhalten am fossil getriebenen Wachstum und ökologisch motiviertem Schrumpfen. Ob durch technologische Innovation, strukturelle Stagnation oder bewusstes Degrowth – die Frage, welcher Pfad eingeschlagen wird, entscheidet nicht nur über künftige Emissionen, sondern auch über die sozialen und politischen Konflikte der kommenden Jahrzehnte.

## KEIN PARADIGMA PASST

So unterschiedlich die drei Paradigmen wirken, sie teilen ein Grundproblem: Keines bietet eine überzeugende Antwort auf die Frage, wie sich ökologische Grenzen mit gesellschaftlichen Ansprüchen an Wohlstand und Sicherheit verbinden lassen. Fossiles Wachstum scheidet von vornherein aus, weil es dem Erreichen von Klimazielen diametral entgegensteht. Es steht für ein Modell, das zwar kurzfristig Stabilität und hohe Profite liefert, aber die Klimakrise weiter anheizt.

Green Growth wiederum setzt einen radikalen Glauben in (zum Teil noch nicht erfundene oder ausgereifte) technologische Lösungen sowie deren kurzfristigen und breitflächigen Einsatz voraus. Bisherige Effizienzgewinne wurden durch steigenden Verbrauch jedoch regelmäßig

**01** Vgl. Patrick Kaczmarczyk, Deutschland braucht ein neues Wirtschaftsmodell, 14. 2. 2025, [www.surplusmagazin.de/deutschland-wirtschaftsmodell-bip-wachstum](http://www.surplusmagazin.de/deutschland-wirtschaftsmodell-bip-wachstum).

**02** Der Produktionsindex wird vom Statistischen Bundesamt erstellt und gibt an, wie sich der preisbereinigte Produktionswert verschiedener Industriezweige entwickelt. Als Basis dient das durchschnittliche Ergebnis des Jahres 2021 (2021 = 100). Vgl. Statistisches Bundesamt, Bedeutung der energieintensiven Industriezweige in Deutschland, 2025, [www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Industrie-Verarbeitendes-Gewerbe/produktionsindex-energieintensive-branchen.html](http://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Industrie-Verarbeitendes-Gewerbe/produktionsindex-energieintensive-branchen.html).

**03** Auf der Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung, 27. 11. 2007, [www.bundesregierung.de/-/797424](http://www.bundesregierung.de/-/797424).

aufgezehrt (Rebound-Effekt). Somit bleibt die erhoffte Entkopplung der Wirtschaftsleistung und Emissionen empirisch fragil.

Und Degrowth schließlich provoziert die härtesten Einwände: Schrumpfung könnte wohl am schnellsten zum Einhalten der Klimaziele führen, wirft jedoch große Verteilungsfragen auf. Nicht einmal, als das Bruttoinlandsprodukt zwischen 2020 und 2025 bloß stagnierte, konnte die große Mehrheit Wohlstandsverluste vermeiden. Die Reallöhne liegen weiterhin unter dem Vorkrisenniveau und führen in Kombination mit hohen Lebenshaltungskosten zu gesellschaftlichen Spannungen. Dass der Wohlstand bei einer weitergehenden Reduzierung auf diesem Niveau bewahrt werden könnte, ist unrealistisch.

Alle drei Modelle kranken daran, dass sie nur einen Teil der komplexen Wirklichkeit berücksichtigen. In einer verflochtenen Weltwirtschaft reicht es nicht, das Bruttoinlandsprodukt hoch- oder herunterzurechnen. Gefordert ist ein Ansatz, der ökologische Grenzen, soziale Bedürfnisse und materiellen Wohlstand gleich ernst nimmt. Genau hier liegt die Leerstelle der aktuellen Debatte: Statt die Modelle gegeneinanderzustellen, braucht es eine Synthese. Erst dann könnte aus der Wachstumsdebatte eine realistische Zukunftsstrategie werden.

## WOHLSTAND NEU DEFINIEREN

Das Bruttoinlandsprodukt ist die zentrale wirtschaftspolitische Kennzahl – beispielsweise für die Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage in Deutschland oder für den Vergleich mit anderen Ländern. Das BIP gibt den Wert aller Waren und Dienstleistungen an, die in einem Jahr in einem Land erwirtschaftet werden. Doch schon der Erfinder des Bruttoinlandsprodukts, der Ökonom Simon Kuznets (1901–1985), warnte vor einer verkürzten Verwendung: „Es muss zwischen quantitativem und qualitativem Wachstum, zwischen Kosten und Ertrag sowie zwischen kurz- und langfristigen Zielen unterschieden werden. Ziele für mehr Wachstum sollten konkretisieren, wovon und wofür mehr Wachstum angestrebt wird.“<sup>04</sup> Umso wichtiger ist es, das Bruttoin-

landsprodukt weder zu überhöhen noch kleinzureden. Viel eher braucht es eine kritisch-rationale Auseinandersetzung damit, wofür die Kennzahl hilfreich sein kann und wofür nicht.

Bereits beim genauen Messen der Wirtschaftsleistung gerät das BIP an seine Grenzen: Neue Zahlen beruhen zum großen Teil auf Schätzwerten oder fortgeschriebenen Zeitreihen, die erst mit einigem zeitlichen Abstand und Revisionen endgültig festgehalten werden. So hat das Statistische Bundesamt im Sommer 2025 mit vier Jahren Verzug die Zahlen für die Jahre 2021 bis 2024 revidiert. Die Folge: Die Rezession 2024 war mit 0,9 Prozent deutlich größer als zuvor mit 0,3 Prozent angegeben.<sup>05</sup> Solch einen Unterschied früher erkannt zu haben, hätte womöglich maßgebliche Auswirkungen auf die politische Entwicklung gehabt.

Doch auch beim Kern des Bruttoinlandsprodukts, dem Messen der Wirtschaftsleistung, gibt es große Probleme: Denn wesentliche Bereiche des Wirtschaftens werden nicht erfasst – so etwa die unbezahlte Sorgearbeit, die mit einem Drittel der Wirtschaftsleistung keine Beachtung findet.<sup>06</sup> Das Problem liegt in der Konzeption, dass nur bezahlte Arbeit in das BIP fließt. Wenn eine bisher unbezahlte Stunde Sorgearbeit entlohnt wird, steigt das Bruttoinlandsprodukt, obwohl das Geleistete gleich bleibt. Wenn umgekehrt bezahlte Sorgearbeit abgebaut und damit ins Private verschoben wird, dann sinkt es.

Hinzu kommt, dass das Bruttoinlandsprodukt erst mal nichts über die Sinnhaftigkeit der produzierten Güter aussagt. Viel eher ist es so, dass schnelllebbige Güter, die bald wieder im Müll landen, sogar besser für das BIP sind. Denn dadurch wird ein Paar Schuhe, das nur noch ein statt drei Jahre hält, mehrfach produziert. Das bedeutet mehrfache Arbeitszeit und mehrfache Umsätze – aber auch mehrfache ökologische Kosten. Zugleich unterscheidet das BIP nicht, wer eigentlich mehr konsumiert und ob dieser Konsum wirklich den Wohlstand steigert. Ob sich nun ein Milliardär ein paar Schuhe kauft, um damit das achtzehnte Regal mit Schuhen zu füllen, oder je-

<sup>05</sup> Vgl. Rezession schwerer als bislang angenommen, 30.7.2025, [www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/rezession-daten-bruttoinlandsprodukt-100.html](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/rezession-daten-bruttoinlandsprodukt-100.html).

<sup>06</sup> Vgl. Norbert Schwarz/Florian Schwahn, Entwicklung der unbezahlten Arbeit privater Haushalte, in: Wista – Wirtschaft und Statistik 2/2016, S. 35–51.

<sup>04</sup> Zit. nach Alessio Terzi et al., A Fair, Sustainable, and Prosperous Europe Needs Proper Navigation Tools, 13.9.2022, <https://cepr.org/voxeu/columns/fair-sustainable-and-prosperous-europe-needs-proper-navigation-tools> (eigene Übersetzung).

mand, dessen einzige Schuhe kaputt sind, spielt keine Rolle. Beides erhöht den Wohlstand in der Theorie gleichermaßen. Doch gesamtgesellschaftlich bedeutet das: Je ungleicher die Verteilung von Einkommen, Konsum und Vermögen ist, desto geringer ist der reale Wohlstandsgewinn des Wachstums. Denn ein relevanter Anteil kommt den Reichsten zugute, die den zusätzlichen Konsum womöglich nicht mal als Wohlstandssteigerung wahrnehmen würden.

Auch für die ökologische Komponente ist das Bruttoinlandsprodukt weitestgehend blind. Wie erwähnt, ist das Wegwerfen und Neukaufen für das Bruttoinlandsprodukt besser, als Gegenstände langlebig zu designen oder gegebenenfalls zu reparieren. Das überträgt sich auch auf die Übernutzung natürlicher Ressourcen: Je mehr verbraucht wird, desto besser ist es für das BIP-Wachstum, obwohl die ökologischen Schäden selten realitätsnah im Preis enthalten sind.

Das BIP hat schlicht zu viele konzeptionelle Probleme, um es sinnvoll als breiten Indikator zu nutzen. Der Indikator an sich ist eine Flussgröße, die nur die Veränderung über einen Zeitraum hinweg beschreibt – also das, was in einem Jahr produziert wird. Die wirtschaftlichen Debatten drehen sich dann primär darum, ob sich die Flussgröße verändert, also ob sich unser Wachstum beschleunigt oder abschwächt. Dabei ist egal, wie viel historisch bereits produziert wurde.

Nicht ohne Grund gibt es Indikatoren wie den Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI), die sich anders zusammensetzen. Statt einen Geldwert ins Zentrum zu stellen, werden Variablen über mehrere Dimensionen menschlichen Wohlergehens zu einem Indikator zusammengebunden, um ein umfassenderes Bild des Wirtschaftens zu geben. Unter den sechs wohlfahrtsstiftenden und fünfzehn wohlfahrtsmindernden Komponenten sind sowohl Kernaspekte des Wirtschaftens wie die privaten Konsumausgaben als auch die Kosten durch Luftverschmutzung. Das eröffnet den Blick auf alternative Entwicklungspfade: Würden wir Klimabelastungen reduzieren und die Einkommensungleichheit auf das Niveau von 1999 zurückführen, ließe sich die Wohlfahrt bis 2030 um fast ein Drittel steigern.<sup>07</sup>

**07** Vgl. Benjamin Held/Dorothee Rodenhäuser/Hans Diefenbacher, NWI 3.0 – Methodenbericht Nationaler Wohlfahrtsindex 3.0, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung, IMK Study 78/2022.

## FÜR MEHR WOHLFAHRT

Wenn wir Indikatoren wie den NWI berücksichtigen, geht es nicht mehr um das blinde Wachstum der Wirtschaftsleistung, sondern um qualitatives Wachstum der Wohlfahrt. Dabei müssten die zwei Prozesse gleichzeitig verfolgbar werden: der Abbau schädlicher Wirtschaftsstrukturen und der Aufbau zukunftsfähiger Bereiche.

Beides wollen Vertreterinnen und Vertreter von grünem Wachstum als auch von Degrowth. Der Unterschied ist, dass die BIP-Veränderungen nicht mehr als zentral angesehen werden sollten, weil sie weder eindeutig noch unabhängig von der konkreten Ausgestaltung sind. Wenn man allen Menschen, deren fossiler Arbeitgeber abgewickelt wird, einen anderen sinnstiftenden Job mit gleichem Einkommen gibt, bleibt das Bruttoinlandsprodukt nahezu gleich. Es ist sogar möglich, dass das BIP durch höhere Multiplikatorwirkungen steigt. Stellen wir uns etwa vor, Installateure richten nicht den fünften Pool in einer Luxusvilla ein, sondern die Wärmepumpe im Mehrfamilienhaus. Dann haben die Bewohner des Mehrfamilienhauses weniger Energiekosten und mehr Kaufkraft, was die Binnennachfrage anschiebt. Es gibt eine ganze Menge solcher Beispiele, an welchen Stellen Hunderttausende Menschen für die Klima- und Sozialwende benötigt werden: Nicht nur beim Installieren von Wärmepumpen, sondern auch beim Isolieren von Gebäuden, beim Bau von Bahnstrecken, beim Erziehen unserer Kinder, beim Pflegen der Älteren.

Ein solches Wachstumsmodell muss sich aber über die eigenen Landesgrenzen hinaus in den internationalen Kontext einfügen. Trumps Zölle und die chinesische Konkurrenz führen bekanntlich zum Ausfall der zwei wichtigsten Exportmärkte Deutschlands als Wachstumstreiber. Eine Alternative zum Exportismus könnte eine Strategie sein, die auf gemeinsamem Wohlstand in Europa und handelswilligen Partnern beruht. Der ehemalige Präsident der Europäischen Zentralbank Mario Draghi ist der bekannteste Vertreter eines solchen Kurswechsels in der europäischen Wirtschaftspolitik. In seinem Bericht zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit vom September 2024 fordert er eine gemeinsame europäische Verschuldung, eine Rationalisierung nationaler Bürokratien über die EU und eine koordinierte Industriepolitik, die Zukunftsin-

dustrien skaliert und breit über den Kontinent verteilt.<sup>08</sup> Draghis Bericht ist eine Blaupause dafür, wie die ganze EU ein qualitatives Wachstum erreichen und einen nachhaltigen Wohlstand sichern kann.

Eine an der Wohlfahrt und der Ökologie ausgerichtete Wirtschaftspolitik sollte auch mit einem stärkeren Fokus auf Sozialpolitik einhergehen, zum Beispiel mit höheren Löhnen, höheren Renten, höherer Mindestsicherung oder geringerer Mietbelastung. All das hat eine entlastende und damit konjunkturanschiebende Wirkung und damit Wachstumseffekte. Die Frage ist nur, wie ökologisch nachhaltig sie sind. Umso wichtiger sind grüne und günstige Alternativen für Basisgüter des Alltagslebens: von der Mobilität über die Verpflegung bis hin zur Wärmeversorgung.

**08** Vgl. The Draghi Report on EU Competitiveness, 2024, <https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness/draghi-report>.

Gleichzeitig könnte es bei diesen Gütern eine moderat steigende Emissionsbepreisung geben, die im Gegensatz zur heutigen Ausgestaltung erst bei übermäßigem Konsum stark ansteigt. Umgekehrt wäre ein Wachstum emissionsarmer Wirtschaft weiter möglich. Dann würden die Menschen mit mehr Geld öfter zum Friseur, ins Kino oder ins Restaurant gehen. Wieso auch nicht? Das ist für viele Menschen das, was das Leben schön macht.

Und das geht im Einklang mit den Klimazielen. Sie zu erreichen, muss kein Schreckgespenst sein. Doch dafür benötigen wir eine andere Wirtschaftspolitik, die qualitatives Wachstum ins Zentrum stellt.

#### LUKAS SCHOLLE

ist Volkswirt und Chefredakteur des Wirtschaftsmagazins „Surplus“.

## Schon gehört?

Die APuZ gibt es auch als Podcast!



## ESSAY

# WIR MÜSSEN SCHRUMPFEN

## Wachstum als Irrweg

*Ulrike Herrmann*

Viele Jugendliche verzweifeln an den Erwachsenen. Die Klimakrise gefährdet ihre Zukunft, doch unablässig werden weitere Treibhausgase ausgestoßen. „Was macht unsere Eltern nur so ratlos?“ fragte sich etwa Klimaaktivistin Luisa Neubauer. Genauso wenig konnte sie begreifen, warum die langjährige Bundeskanzlerin Angela Merkel weitgehend untätig blieb. „Merkel ist Physikerin. Müsste sie da nicht verstehen, was es bedeutet, wenn Klimagraphen in die Höhe rasen?“<sup>01</sup>

In der Diskussion ums Klima erscheint es dabei manchmal so, dass allein das nötige Geld fehlt, um die Katastrophe abzuwenden. Populär ist der Spruch: „Wenn die Erde eine Bank wäre, hättest ihr sie längst gerettet.“ Demnach wird die Klimakatastrophe betrachtet, als wäre sie eine „normale“ Krise wie ein Finanzcrash: Sie ist zwar existenziell, aber angeblich rasch zu beheben – wenn nur die nötigen Milliarden fließen.

Leider ist es nicht so einfach. Klimaschutz scheitert nicht, weil die Politik korrupt wäre oder nicht genug Geld bewilligen möchte. Der Wille, den Planeten als Lebensraum zu retten, ist vorhanden. So bilanzierte der ehemalige Gesundheitsminister Karl Lauterbach: „Niemand würde sein Eigenheim so sehr heizen, dass es mit einer Wahrscheinlichkeit von 30 Prozent in 30 Jahren abbrennen würde. Genau das tun wir derzeit aber mit dem Eigenheim Erde.“<sup>02</sup>

### SYSTEMKRISE DES KAPITALISMUS

Die Menschheit fackelt ihr Zuhause ab, weil Klimaschutz nur möglich ist, wenn wir den Kapitalismus abschaffen. Anders als Kapitalismuskritiker glauben, ist dies keine frohe Botschaft. Unsere Wirtschaftsordnung war außerordentlich segensreich. Mit der Industrialisierung entstand das erste Sozialsystem in der Geschichte, das Wohlstand erzeugt hat. Vorher gab es kein nennenswertes Wachstum. Die Menschen betrieben eine eher kümmerliche

Landwirtschaft, litten oft unter Hungerkatastrophen und starben im Durchschnitt mit 35 Jahren. Heute werden wir mehr als doppelt so alt.

Der Kapitalismus war ein Fortschritt, hat aber leider eine fundamentale Schwäche: Er erzeugt nicht nur Wachstum, sondern benötigt es auch, um stabil zu sein.<sup>03</sup> In einer endlichen Welt kann man aber nicht unendlich wachsen. Momentan tun die Westeuropäer so, als könnten sie drei Planeten verbrauchen. Bekanntlich gibt es aber nur eine Erde. Bisher setzen die Regierungen darauf, dass sie Wirtschaft und Klimaschutz irgendwie versöhnen könnten. Die typischen Stichworte heißen „Green New Deal“ oder „Entkopplung“ von Wachstum und Energie. Die große Hoffnung ist, dass sich die gesamte Wirtschaft auf Ökostrom umstellen ließe – ob Verkehr, Industrie oder Heizung.

Dieses „grüne Wachstum“ ist jedoch eine Illusion, denn der Ökostrom wird nicht reichen. Diese Aussage mag zunächst überraschen, schließlich schickt die Sonne 5000-mal mehr Energie zur Erde, als die derzeit acht Milliarden Menschen benötigen. An physikalischer Energie fehlt es also nicht – sie muss nur eingefangen werden. Doch nur zwei Technologien lassen sich fast flächendeckend nutzen: Solarpaneele und Windräder. Ihr Beitrag ist aber immer noch gering, obwohl sie in Deutschland seit mehr als zwanzig Jahren staatlich gefördert werden. 2024 hat die Windenergie 6 Prozent des deutschen Endenergieverbrauchs abgedeckt, die Solarpaneele kamen auf 3,6 Prozent.<sup>04</sup> Die Energiewende, ein gigantisches Infrastrukturprojekt, befindet sich also noch am Anfang. Zudem liefern Solarpaneele und Windräder nur Strom, wenn die Sonne scheint und der Wind weht. Um für Flauten und Dunkelheit vorzusorgen, muss Energie gespeichert werden. Dieser Zwischenschritt ist nicht einfach, weil dafür vor allem Batterien und – perspektivisch – grüner Wasserstoff genutzt werden müssen. Beide Technologien sind

aufwendig. Künftig dürften sie zwar billiger werden, aber leider ist billiger nicht gleich billig.

Auch Importe ändern nichts daran, dass Ökostrom knapp und teuer bleiben wird. Zwar wäre es denkbar, massenweise Solarpaneele in der Sahara aufzubauen, um dann unter praller Sonne günstigen Wüstenstrom zu produzieren. Doch bliebe die Frage, wie die Solarenergie nach Europa gelangen soll. Hochspannungsleitungen kommen nicht infrage, sodass der Wüstenstrom erst in Wasserstoff und dann in synthetische Kraftstoffe umgewandelt werden müsste, damit sich diese Energieträger in Tankern verschiffen lassen. Die Kosten wären immens: Synthetisches Kerosin wäre bis zu 40-mal so teuer wie die fossile Variante, die sich derzeit in Saudi-Arabien billig aus dem Boden pumpt und dann zügig raffinieren lässt.<sup>05</sup>

Für unser Wirtschaftssystem ist es keine gute Nachricht, dass sich die fossile Energie nicht einfach durch grüne Energie ersetzen lässt, die genauso billig ist. Denn der Kapitalismus kann ohne Energie nicht funktionieren. Maschinen sind der Kern unseres Wirtschaftssystems und ermöglichen auch das Wachstum. Ohne Energie laufen die Maschinen aber nicht, und die ganze Technik wäre nur totes Kapital. Die zentrale Rolle der Energie führt uns vor Augen, dass die Klimakrise nicht entstanden ist, weil die Politik aus Versehen vergessen hätte, Umweltschutz zu betreiben. Die Klimakrise ist eine Systemkrise des Kapitalismus; sie ist die andere Seite der Industrialisierung.

Die Klimakrise ist auch nicht mit dem Ozonloch zu vergleichen, wie manche Ökonomen und Politiker es gerne tun. Das Ozonloch ist durch Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) entstan-

den, die vor allem in Kühlschränken und Spraydosen zu finden waren. Die FCKW wurden also nur für Spezialanwendungen gebraucht. Da war es leicht, im Vertrag von Montreal 1987 festzulegen, dass die FCKW-Verwendung zu ächten sei. Wenn sich keine Ersatzstoffe gefunden hätten, wären Spraydosen eben verboten worden. Das hätte der Kapitalismus mühelos überlebt. Auf Energie hingegen kann der Kapitalismus nicht verzichten.

## GRÜNES SCHRUMPFEN

Wenn grüner Strom knapp und teuer bleibt, bleibt nur „grünes Schrumpfen“. Es ist kein neuer Gedanke, dass permanentes Wachstum keine Zukunft hat. Viele Klimaaktivisten sind längst überzeugt, dass die Natur nur überleben kann, wenn der Kapitalismus endet. Also haben sie den eingängigen Slogan geprägt: „System change, not climate change“.

Auch an Visionen mangelt es nicht, wie eine ökologische Kreislaufwirtschaft aussehen könnte, in der nur noch so viel verbraucht wird, wie sich recyceln lässt. Stichworte sind unter anderem Tauschwirtschaft, Gemeinwohlökonomie, Konsumverzicht, Arbeitszeitverkürzung oder bedingungsloses Grundeinkommen. Wie sich klimaneutral leben ließe, hat die wachstumskritische Degrowth-Bewegung liebevoll beschrieben: Man würde nur noch regionale und saisonale Produkte nutzen, könnte Freunde treffen, notwendige Reparaturen selbst erledigen und Kleider nähen. Viele Gebrauchsgegenstände würde man mit den Nachbarn teilen, zum Beispiel Rasenmäher, Bohrmaschinen, Spielzeuge oder Bücher. Diese klimaneutrale Konsumwelt klingt vielleicht romantisch und nach alten Zeiten, aber eine Rückkehr in die Vormoderne ist nicht gemeint. Von einem „grünen Bullerbü“ wird indes nicht geträumt. Auch die Degrowth-Bewegung schätzt die Maschinen, die der Kapitalismus entwickelt hat und die das Leben so bequem machen. Waschmaschinen, Computer und Internet sollen bleiben.

Auch muss niemand fürchten, dass wir „wieder in der Steinzeit landen“ und „in Höhlen wohnen“, wenn der Kapitalismus endet. Dies zeigt bereits eine kleine Rechnung: Würden wir auf die Hälfte unserer Wirtschaftsleistung verzichten, wären wir immer noch so reich wie 1978. Auch damals ließ sich gut leben. Es gab zwar keine „Flugmangos“ aus Peru, aber wir waren so zufrieden wie heute. Eine ökologische Kreislaufwirtschaft wäre also möglich. Doch wird diese

**01** Luisa Neubauer/Alexander Repenning, Vom Ende der Klimakrise. Eine Geschichte unserer Zukunft, Berlin 2019, S. 65, S. 76.

**02** Karl Lauterbach, Bevor es zu spät ist. Was uns droht, wenn die Politik nicht mit der Wissenschaft Schritt hält, Berlin 2022, S. 21.

**03** Vgl. Mathias Binswanger, Der Wachstumszwang. Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben, Weinheim 2019.

**04** Eigene Berechnungen auf Grundlage von Daten des Bundesumweltamts, Erneuerbare Energien in Zahlen, 18.6.2025, [www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/erneuerbare-energien/erneuerbare-energien-in-zahlen](http://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/erneuerbare-energien/erneuerbare-energien-in-zahlen).

**05** Eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten von Peter Viebahn et al., Zusammenfassung des Ergebnisberichts des Projekts MENA-Fuels von Wuppertal Institut, Deutschem Zentrum für Luft- und Raumfahrt und Institut für Zukunftsenergie- und Stoffstromsysteme an das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Wuppertal u. a. November 2022.

Vision meist mit dem Weg verwechselt: Das Ziel soll zugleich der Übergang sein. Nur selten wird gefragt, wie man eigentlich aus einem wachsenden Kapitalismus aussteigen soll, ohne eine schwere Wirtschaftskrise auszulösen und Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit zu schicken. Es fehlt die Brücke aus der dynamischen Gegenwart in eine statische Zukunft. Viele Klimaaktivisten spüren, dass der Abschied vom Kapitalismus schwierig wird. Greta Thunberg wurde einst von einem Anhänger gefragt, wie denn das künftige System aussehen soll. „Ich weiß es nicht“, antwortete sie. „Es wurde bisher noch nicht erfunden.“<sup>06</sup>

Um sich „grünes Schrumpfen“ vorzustellen, hilft es, vom Ende her zu denken und sich zu überlegen, wofür der Ökostrom wohl reichen wird – und wofür nicht. Um mit dem Offensichtlichen anzufangen: Sämtliche Flughäfen wären zu schließen, da Flugzeuge selbst dann nicht harmlos sind, wenn sie mit grünem Kerosin abheben. Sie hinterlassen weiterhin Kondensstreifen, die zur Erderwärmung beitragen. Bei einem Totalverbot aller Flüge stellt sich allerdings sofort die Frage, wovon die Angestellten in der Flugbranche künftig leben sollen. Derzeit sind dort allein in Deutschland fast 850 000 Menschen direkt oder indirekt beschäftigt, die nun alle einen neuen Arbeitsplatz benötigen würden.

Auch der private Pkw hat keine große Zukunft. E-Autos sind zwar effizienter als Verbrenner, aber bei diesem Tunnelblick auf die Antriebsarten wird übersehen, wie ineffizient Autos grundsätzlich sind. Auch E-Autos wiegen bis zu 2,5 Tonnen und befördern im Durchschnitt nur 1,3 Personen. Diese Verschwendung wird nicht mehr möglich sein, wenn nur noch grüne Energie zur Verfügung steht. Während heute fast 50 Millionen Autos durch die Bundesrepublik kurven, sollten es künftig maximal 30 Millionen sein. Trotzdem müssten die Deutschen nicht fürchten, am Straßenrand zu stranden, denn Busse und Bahnen würden – die entsprechende Politik vorausgesetzt – viel häufiger verkehren. Das eigentliche Problem aber entsteht in den Fabriken: In Deutschland arbeiten 1,75 Millionen Menschen direkt oder indirekt für die Automobilindustrie.<sup>07</sup> Zudem konzentrieren sich die Konzerne auf wenige Regionen: Was also soll aus

dem Raum Stuttgart werden? Oder aus dem Gebiet zwischen Wolfsburg und Braunschweig?

Konsequenter Klimaschutz würde nicht nur die Industrie verändern. Auch viele Dienstleistungen entfallen, wenn die Wirtschaft schrumpft. So wäre es überflüssig, für Waren zu werben, wenn Güter sowieso knapp sind und garantiert Käufer finden. PR-Agenturen, Messelogistiker und Werbegrafiker hätten nichts mehr zu tun. Ebenso wäre unklar, wie sich Zeitungen oder Google noch finanzieren sollen, wenn die Anzeigen ausbleiben. Lebensversicherungen wären ebenfalls obsolet, denn ihr Prinzip ist bekannt: Monatlich wird eine kleine Rate eingezahlt, damit am Ende ein stattlicher Überschuss herauskommt. Dieser Gewinn lässt sich aber nur erzielen, wenn eine Wirtschaft wächst. Sobald sie schrumpft, gibt es keine Überschüsse mehr – und die eingezahlten Prämien würden ihren Wert ebenfalls zum Teil verlieren. Auch viele Banken würden zusammenbrechen. Ihr Kerngeschäft besteht darin, Kredite zu vergeben. Darlehen lassen sich jedoch nur vollständig zurückzahlen, wenn die Wirtschaft wächst. Sobald die Produktion sinkt, nimmt niemand mehr Kredite auf, und die Banken verlieren ihre ökonomische Basis. Vielleicht gäbe es noch kleine Institute, die das Bargeld der Kunden verwalten – aber diese Kontoführung war für die Banken immer ein Verlustgeschäft. Ihre Gewinne machen sie mit den Krediten. Die meisten Banken und Finanzakteure sind im Großraum Frankfurt ansässig, sodass die Frage diesmal lautet: Was soll aus dem Rhein-Main-Gebiet werden?

Wenn Industriebetriebe, Banken und Versicherungen zusammenbrechen, verlieren auch Aktien und Ersparnisse ihren Wert. Vom Börsenindex DAX bliebe wenig übrig. Die Finanzbranche schwärmt zwar gern von „grünen Renditen“, die die Energiewende generieren würde. Doch Gewinne sind nicht möglich, wenn die Wirtschaft schrumpft. Die Beratungsfirma McKinsey irrt, wenn sie behauptet, dass Klimaschutz zu einem „positiven Business Case“ werden könne.<sup>08</sup> Er wird ungeheure Verluste produzieren.

## GEORDNETER RÜCKBAU

In einer klimaneutralen Wirtschaft würde niemand hungern – aber Millionen Arbeitnehmer

<sup>06</sup> Zit. nach Eric Holthaus, *The Future Earth. A Radical Vision for What's Possible in the Age of Warming*, San Francisco 2020, S. 40.

<sup>07</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, 9.4.2019, [www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/04/PD19\\_139\\_811.html](http://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/04/PD19_139_811.html).

<sup>08</sup> Vgl. McKinsey, *Net-Zero Deutschland. Chancen und Herausforderungen auf dem Weg zur Klimaneutralität*, München 2021, S. 6.

müssten sich umorientieren. Investmentbanker oder Flugbegleiter wären überflüssig, dafür würden sehr viel mehr Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und auch in den Wäldern benötigt, um die Folgen der Klimakrise zu lindern. Diese Sicht auf die Zukunft mag radikal erscheinen, aber sie ist im wahrsten Sinne des Wortes alternativlos. Wenn wir die emittierten Treibhausgase nicht auf netto Null reduzieren, geraten wir in eine Heizeit, die ganz von selbst dafür sorgt, dass die Wirtschaft schrumpft und der Kapitalismus zusammenbricht. In diesem ungeplanten Chaos käme es wahrscheinlich zu einem Kampf aller gegen alle, den die Demokratie nicht berleben würde.

Der Rückbau des Kapitalismus muss deshalb geordnet vonstattengehen. Es gibt bereits ein historisches Modell, das als Vorbild taugen könnte: die britische Kriegswirtschaft ab 1939. Damals standen die Briten vor einer monströsen Herausforderung. Sie hatten den Zweiten Weltkrieg nicht wirklich kommen sehen und mussten nun in kürzester Zeit ihre Wirtschaft komplett auf das Militär ausrichten, ohne dass die Bevölkerung hungerte. Es entstand eine Planwirtschaft, die bemerkenswert gut funktionierte. Die Fabriken blieben in privater Hand, aber der Staat steuerte die Produktion – und organisierte die Verteilung der knappen Güter. Es gab keinen Mangel, aber es wurde rationiert. Diese Mengen- und Preiskontrollen waren in Großbritannien ungemein populär. Wie die britische Regierung bereits 1941 feststellen konnte, war das Rationierungsprogramm „einer der größten Erfolge an der Heimatfront“.<sup>99</sup> Denn die staatlich verordnete Gleichmacherei erwies sich als ein Segen: Ausgerechnet im Krieg waren die unteren Schichten besser versorgt als je zuvor. Die Briten erfanden also eine private und demokratische Planwirtschaft, die mit dem dysfunktionalen Sozialismus in der Sowjetunion nichts zu tun hatte.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Nicht jede Kriegswirtschaft eignet sich als Vorbild – sicher nicht Hitlers Autarkiepolitik oder die russische Kriegswirtschaft nach Putins Angriff auf die Ukraine. Die Briten hatten jedoch ein Modell entwickelt, von dem sich lernen lässt.

**99** Ina Zweiniger-Bargielowska, *Food Consumption in Britain During the Second World War*, in: Hartmut Berghoff/Jan Logemann/Felix Römer (Hrsg.), *The Consumer on the Home Front. Second World War Civilian Consumption in Comparative Perspective*, Oxford 2017, S. 75–92, hier S. 89.

Noch leben wir in einer berflussgesellschaft, sodass genereller Mangel kaum vorstellbar ist und die Idee fremd wirkt, dass staatliche Planung und Rationierung nötig sein könnten. Doch erste Zuteilungen sind schon abzusehen – vor allem beim Wasser. Neuerdings regnet es im Frühjahr oder im Sommer oft zu wenig, und derartige Drren werden künftig normal sein. Sobald aber die Niederschläge ausbleiben, stellt sich automatisch die Frage, an wen das knappe Wasser gehen soll: an die Haushalte, die Landwirtschaft oder die Industrie? Wenn wichtige Güter rar und damit teurer werden, kann allein der Staat für eine gerechte und effiziente Verteilung sorgen. „Der Markt“ hilft nicht weiter, weil dann nur die Reichen das nötige Geld hätten, um sich einzudecken.

## VERANTWORTUNG UND VERZICHT

Allerdings kann Klimaschutz nur global gelingen, denn Treibhausgase kennen keine Grenzen. Manche Deutsche fragen sich daher, ob es überhaupt sinnvoll ist, auf nationaler Ebene Klimaschutz zu betreiben. So schreibt der konom Hans-Werner Sinn: „Ob man nun an Kohle, Erdöl oder Erdgas denkt: Wenn Deutschland weniger kauft und verbrennt, dann können die Chinesen halt mehr kaufen und verbrennen.“<sup>10</sup> Dieses Misstrauen ist verständlich, verkennet aber, dass fast alle anderen Staaten unter der Klimakatastrophe noch weit stärker leiden als Deutschland. Es liegt in ihrem Eigeninteresse, die Treibhausgase ebenfalls zu reduzieren.

Allerdings bedeutet Klimaschutz nicht für alle Länder das Gleiche, da die Erdenbürger unterschiedlich viele Treibhausgase emittieren. Die Deutschen setzen pro Jahr und Kopf 11,2 Tonnen CO<sub>2</sub> frei, während Indien pro Kopf nur 1,8 Tonnen ausstößt. Daher müsste die Bundesrepublik eigentlich schon 2035 klimaneutral sein, während Indien noch bis 2090 Zeit hat. Klimaneutral sind alle Länder, die nicht mehr als eine Tonne CO<sub>2</sub> pro Bewohner und Jahr ausstoßen. Ganz auf null müssen die Emissionen nicht sinken, weil die Natur einen Teil des Kohlendioxids absorbieren kann. Diese Grenze von einer Tonne halten viele Länder schon heute ein, und oft liegen sie sogar weit darunter. Dazu gehören Afghanistan, Angola, Äthiopien, Bangladesch, Benin, Burkina-Faso,

**10** Hans-Werner Sinn, *Das grüne Paradoxon. Plädoyer für eine illusionsfreie Klimapolitik*, Berlin 2008, S. 324.

Burundi, Dschibuti, El Salvador, die Elfenbeinküste, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Haiti, Honduras, Jemen, Kambodscha, Kamerun, Kenia, Kiribati, die Komoren, die beiden Kongos, Liberia, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauretanien, Mosambik, Myanmar, Nepal, Nicaragua, Niger, Nigeria, Nordkorea, Pakistan, Papua-Neuguinea, Ruanda, Sambia, Senegal, Sierra Leone, Simbabwe, Somalia, Sri Lanka, Sudan, der Südsudan, Tadschikistan, Tansania, Togo, Tschad, Uganda, Vanuatu und die Zentralafrikanische Republik.

Die reichen Länder haben die Klimakrise zu verantworten, nicht die armen. Trotzdem wird häufig der sogenannte Globale Süden beschuldigt, die Umweltprobleme zu verursachen – weil er angeblich „überbevölkert“ sei. Doch würde sich an der Klimakatastrophe selbst dann nichts ändern, wenn Afrika gar keine Einwohner hätte, denn von dort stammen kaum CO<sub>2</sub>-Emissionen. Nicht zu viele Menschen sind das Problem, sondern Menschen, die zu viel verbrauchen. Der Journalist Bernd Ulrich hat es pointiert zusammengefasst: „Es geht also nicht um Über-Bevölkerung, sondern um Über-Menschen.“<sup>11</sup>

Die ungleichen Emissionen von Arm und Reich zeigen sich nicht nur global, sondern spiegeln sich auch in Deutschland wider. Wer viel verdient, zerstört das Klima. Das reichste Hundertstel der Bundesbürger ist pro Kopf und Jahr für den Ausstoß von enormen 117,8 Tonnen an Treibhausgasen verantwortlich, die obersten 10 Prozent im Durchschnitt für 34,1 Tonnen, die „Mitte“ für 12,2 Tonnen – und die unteren 50 Prozent nur für ganze 5,9 Tonnen. Die Reichen verursachen pro Kopf also 20-mal so viel CO<sub>2</sub> wie die Armen.<sup>12</sup>

Noch fehlen die Mehrheiten, um echten Klimaschutz umzusetzen. Die deutsche Wirtschaftsleistung müsste deutlich schrumpfen, und damit steht das V-Wort im Raum, das kein Politiker gern ausspricht: Verzicht. Alle Parteien wissen, dass sie sofort Stimmen verlieren würden, sollten sie Verzicht anmahnen. Selbst kleinste Beschränkungen werden verhetzt, wie die Grünen im Bundestagswahlkampf 2013 mit dem „VeggieDay“ erleben mussten. Auch alle anderen Parteien fürchten, dass sie als „Verbotspartei“ gelten könnten.

Es ist in Ordnung, dass Parteien nur Forderungen erheben, mit denen sie Stimmen gewinnen können. So funktioniert Demokratie. Parteien führen nicht, sondern folgen ihren Wählern. Der Wandel kommt nie von oben, sondern immer von unten. Bisher ist ein breites Umdenken jedoch nicht in Sicht: Die allermeisten Bürger wollen an der Illusion festhalten, dass „grünes Wachstum“ machbar sei. Also bedienen die Parteien diesen Traum – von den Grünen bis zur CSU. „Grünes Schrumpfen“ scheint daher derzeit politisch nicht durchsetzbar. Trotzdem folgt daraus nicht, dass die Analyse falsch wäre, dass der Kapitalismus enden muss. Es wäre fatal, wenn nur noch gedacht würde, was politisch als mehrheitsfähig gilt. Dann könnte man das Denken ganz einstellen – und würde die Gegenwart zur Zukunft erklären.

### WENIGER KANN MEHR SEIN

Veränderungen machen immer Angst, zumal, wenn sie mit Verzicht einhergehen sollen. Trotzdem darf man sich die Zukunft nicht trübe vorstellen. Eine ökologische Kreislaufwirtschaft kann schön sein. Sie würde alles bieten, was ein gelungenes Leben ausmacht: Anregung, Abwechslung, Erkenntnis, Austausch, Freundschaft, Liebe, Anerkennung, Spaß, Genuss, Entspannung, Spiel und Sport. Aber auch Sicherheit, Mobilität, Pflege, Arbeit und Erfüllung.

Unklar war bisher, wie sich diese ökologische Kreislaufwirtschaft erreichen lässt, ohne dass es zu schweren Wirtschaftskrisen kommt. Für ein „grünes Schrumpfen“ gab es kein Konzept. Ein Rückblick auf die britische Kriegswirtschaft ab 1939 zeigt, wie es gehen könnte: Die Betriebe bleiben privat, aber der Staat legt fest, was noch hergestellt wird, und verteilt die knappen Güter. Allerdings wären wir nicht so arm wie die Briten 1939, als es pro Jahr nur zwei Kleider mit maximal fünf Knöpfen gab. Stattdessen könnten wir immer noch so reich sein wie die Westdeutschen 1978. Das ist doch tröstlich.

### ULRIKE HERRMANN

ist Wirtschaftskorrespondentin der „Taz“. Die Tageszeitung“ und Autorin des Buches „Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind und wie wir in Zukunft leben werden“ (2022).

<sup>11</sup> Bernd Ulrich, Alles wird anders. Das Zeitalter der Ökologie, Köln 2019, S. 192.

<sup>12</sup> Vgl. Lucas Chancel et al., World Inequality Report 2022, Paris 2022, S. 196, <https://wir2022.wid.world>.

## ESSAY

## WOHLSTAND JENSEITS VON WACHSTUM

Niko Paech

An ehrgeizigen Entwürfen einer nachhaltigen Entwicklung mangelt es nicht, seit sich die menschliche Zivilisation des ökologischen Abgrundes bewusst geworden ist, auf den sie zusteuert. Viel war die Rede von einer zweiten oder „reflexiven Moderne“,<sup>01</sup> die technologische Abhilfe verhieß, ohne die zentralen Normen eines vielversprechenden Zeitalters der Freiheit und Gerechtigkeit aufgeben zu müssen. Erhofft wurde gar ein „ökoemanzipatorisches Projekt“,<sup>02</sup> so als seien das Überlebensnotwendige und die Befreiung des Menschen von jeglicher Begrenzung zwei Seiten derselben Medaille. Als Goethe einst meinte, „Gesetzgeber oder Revolutionäre, die Gleichsein und Freiheit zugleich versprechen“, seien „Phantasten oder Scharlatane“, nahm er ein prägendes Dilemma späterer Epochen vorweg. Was er nicht ahnen konnte: Das Aufblühen eines ökonomischen und technologischen Expansionismus vermochte diesen Zielkonflikt für die Dauer eines historischen Augenaufschlags zu mildern. Den damit einhergehenden Substanzverzehr bezeichnete der Philosoph Georg Simmel als „substanziellen Fortschritt“, zumal er soziale Konflikte in solche zwischen Mensch und Natur umlenkte.

Diese heute als naiv belächelte Logik wich inzwischen einem „Green New Deal“, der das Freiheit und Gleichheit verbindende Wachstum mittels ökologischer Effizienz, Kreislaufwirtschaft und erneuerbaren Energien von jeglichen Schäden zu entkoppeln verspricht.<sup>03</sup> Aber was daran reflexiv oder gar „grün“ erscheinen mag, entpuppt sich als Selbsttäuschung. Während sich das alte Wachstumsparadigma mit der Utopie einer nie versiegenden Naturaneignung begnügte, gibt die grüne Moderne vor, den Expansionskurs nicht nur ungebrochen fortsetzen, sondern dies obendrein ökologisch unschädlich bewerkstelligen zu können. Dies bedarf einer doppelten Glaubensanstrengung, nämlich durch Wissen, Innovationskraft und technologische Perfektion einen Wohlstand aus dem materiellen Nichts erschaffen zu können, der selbst alles andere als immateri-

ell ist. Das physisch Unmögliche, vormalis „Wunder“ genannt, heißt heute „Fortschritt“. Unverändert blieb also das magische Denken, nicht aber die Wirkmächtigkeit und Eingriffstiefe, mit der Überfluggesellschaften vergeblich gegen Naturgesetze anrennen, um wachsenden Wohlstand von negativen Folgen abzukoppeln. Erreicht wurde bestenfalls eine zeitliche, stoffliche, systemische und – vor allem – räumliche Verlagerung insgesamt zunehmender Umweltschäden.

Das muss deren Nutznießer nicht stören, denn die neuen Technologien lassen nicht nur die Wertschöpfung wachsen, sondern auch die Distanz zwischen den urbanen oder touristischen Komfortzonen auf der einen und den Austragungs-orten eines „grünen Kolonialismus“ auf der anderen Seite.<sup>04</sup> Dies zeigt sich nirgends deutlicher als ausgerechnet am Dreh- und Angelpunkt aller sauberen Wohlstandsträume, nämlich der „Energiewende“. Das Verhältnis zwischen ökologischer Zerstörung und Ausbeute an verlässlich verfügbarer erneuerbarer Energie driftet ins Bizarre.

GESCHEITERTES  
ENTKOPPLUNGSNARRATIV

Wenn „grüne“ technologische Lösungen systematisch versagen, ergeben sich drei Konsequenzen, die nicht nur für den Übergang zu einer Postwachstumsökonomie, sondern für jede weitere Entwicklung der modernen Zivilisation maßgeblich sein werden, gegebenenfalls auch unfreiwillig.<sup>05</sup>

*Der Mensch als Ausgangspunkt einer Transformation.* Bereits Immanuel Kant plädierte für ein Weltbürgerrecht, demzufolge Gerechtigkeit weltweit nur zwischen Personen existieren kann. Angewandt auf den vorliegenden Kontext bedeutet dies, dass allein individuelle Umweltbilanzen ein adäquates Zielsystem bilden. Denn wenn der Planet physisch begrenzt ist, industrieller Wohlstand nicht ökologisch entkoppelt werden kann, die Lebensgrundlagen dauerhaft erhalten bleiben sollen

und globale Gerechtigkeit herrschen soll, muss es eine Obergrenze für den von einem Individuum in Anspruch genommenen Wohlstand geben. Für das Zwei-Grad-Klimaschutzziel würde daraus folgen, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf und Jahr durchschnittlich auf etwa eine Tonne zu begrenzen wären. In Mitteleuropa betragen die Emissionen tatsächlich aber rund elf Tonnen pro Kopf und Jahr. Somit laufen Transformationsbemühungen, die sich weiterhin dagegen sträuben, direkt an den individuellen Handlungsmustern und Lebensführungen anzusetzen, ins Leere.

*Systematische Handlungsunfähigkeit der Politik.* Wenn sich Regierungen nicht mehr auf ein Entkopplungsnarrativ berufen können, fehlt die demokratische Basis für kollektive Lösungen. Denn Letztere könnten nur darin bestehen, Einschränkungen bisheriger Mobilitäts- und Konsumpraktiken zu oktroyieren, was politischem Suizid gleichkäme. Reduktive Anpassungen meistern zu können, ist keine Frage des Wollens oder bekundeter Einsichten, sondern des Könnens und der Belastbarkeit, setzt daher eine übungsbedürftige Praxis voraus. Diese widerspräche den jahrzehntelang erstrittenen, antrainierten und mit allen politischen Mitteln durchgesetzten Wohlstandsstandards, würde von der Wählermehrheit somit als Bedrohung empfunden und politisch abgestraft. Weiter an einer zentral koordinierten Strategie festzuhalten, stellt wirksamen Wandel somit unter eine Voraussetzung, die unerfüllbar ist und verhindert ihn damit. Was stattdessen unter aktuellen kulturellen Bedingungen zur überlebensnotwendigen Transformation beiträgt, obliegt proaktiven Minderheiten oder einer Avantgarde, die intrinsisch motiviert ist oder sich in selbst organisierten Teilsystemen entfaltet – unabhängig von politischen Mehrheitsverhältnissen.

*Worst-Case-Kompatibilität.* Je unfähiger Gesellschaften sind, reduktive Maßnahmen politisch zu organisieren oder mehrheitlich in die Praxis zu

überführen, umso unvermeidbarer werden ökologische und ökonomische Krisen, die bis zum Kollaps reichen können.<sup>06</sup> Unvorbereitet eintretende Verwerfungen nebst substanzieller Knappheit führen zu einem Regime, das sich nicht abwählen lässt. Seine regulative Macht beruht nicht auf demokratischen, sondern physischen Gesetzen und erinnert an Epochen, in denen Menschen den Unbilden der Natur noch stärker ausgesetzt waren. Desavouiert wird damit das modernistische Paradigma, wonach aufgeklärte Gesellschaften das größte anzunehmende Ungemach stets rechtzeitig durch technologischen Fortschritt und geplante Steuerung verhindern. Transformationsstrategien, die Worst-Case-Szenarien ignorieren, also nicht mindestens auf Kompetenzen und die Befähigung zielen, gegebenenfalls in den Ruinen einer gescheiterten industriellen Moderne würdig zu überleben, sind nicht nur hinfällig, sondern verantwortungslos.

## GESTALTUNGSEBENEN: SUFFIZIENZ UND SUBSISTENZ

Folglich bedarf es eines Zukunftsentwurfs, der erstens die individuellen Fähigkeiten stärkt, sich mit Knappheit zu arrangieren, der zweitens auch unabhängig von politischen Weichenstellungen umsetzbar ist und der drittens den Kollaps bei rechtzeitiger und umfänglicher Umsetzung zwar verhindern würde, aber zugleich die beste Reaktion auf dessen möglichen Eintritt darstellt. Diese Doppelfunktion erfüllt nur ein Versorgungs- und Lebensstil, der weitgehend unabhängig vom derzeit noch hegemonialen Industrie- und Technologiekomplex ist – ganz gleich, ob dieser vorsorglich zurückgebaut wird oder erzwungenermaßen zusammenbricht. Daran knüpft das Konzept der Postwachstumsökonomie an, indem es Logiken der materiellen Abrüstung (Suffizienz) und der Reorganisation eines dadurch reduzierten Bedarfs vertieft.

Suffizienz verarbeitet nicht nur unverhandelbare physische, sondern mehr noch psychische, also innere Wachstumsgrenzen. Konsumobjekte können keinen positiven Effekt entfalten, wenn deren Nutzer sie nicht kraft ihrer Sinnesorgane erfassen und aktiv verwenden. Dies ist zeitintensiv und lässt sich nicht beschleunigen. Wenn sich

**01** Ulrich Beck/Anthony Giddens/Scott Lash, *Reflexive Modernisierung*, Berlin 1996.

**02** Ingolfur Blühdorn, *Unhaltbarkeit. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Berlin 2024.

**03** Vgl. Mariana Mazzucato, *Mission. Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft*, Frankfurt/M. 2021, S. 173.

**04** Vgl. Miriam Lang/Mary Ann Manahan/Breno Bringel (Hrsg.), *Grüner Kolonialismus. Zwischen Energiewende und globaler Gerechtigkeit*, München 2025.

**05** Vgl. Niko Paech, *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*, München 2012.

**06** Vgl. Pablo Servigne/Raphaël Stevens, *Wie alles zusammenbrechen kann. Handbuch der Kollapsologie*, Wien 2022.

das Spektrum an verfügbaren Gütern und Erlebnissen infolge gestiegener Kaufkraft vergrößert, konkurrieren alle Aktivitäten um eine nicht vermehrbare Ressource, nämlich Zeit, die zum Engpassfaktor wird. Deshalb kennzeichnen Phänomene einer „Erschöpfung“, „Überforderung“ sowie ein „Unbehagen im Wohlstand“ den Alltag moderner Konsumgesellschaften.<sup>07</sup>

Dem grassierenden Selbstverwirklichungsstress lässt sich nur mit Genügsamkeit begegnen: Von welchen Energiesklaven, Konsum- und Komfortkrücken ließen sich überbordende Lebensstile und schließlich die gesamte Gesellschaft befreien? Gemäß einer zeitökonomischen Analyse des Konsumgeschehens zielt Suffizienz darauf, sich auf insgesamt weniger Aktivitäten zu konzentrieren, um diese dafür umso intensiver ausschöpfen zu können. Damit richtet sie sich nicht gegen Konsum, sondern bezweckt eine optimale Verwendung knapper Zeitressourcen bei gleichzeitiger Erhöhung der Lebensqualität. Suffizienz kennt drei Ausprägungen: Selbstbegrenzung eines erreichten Versorgungsniveaus, graduelle Reduktion eines bestimmten Anspruchs sowie die vollständige Entsagung einer Option.<sup>08</sup>

Suffizienz ist sozialpolitisch und ökonomisch plausibel begründbar, wenn sie dort ansetzt, wo maximalen Schäden, die durch frei wählbare Handlungen entstehen, nur minimale Rechtfertigungsgehalte gegenüberstehen. Dies legt eine Unterscheidung zwischen Grundbedarf und Luxus nahe. Nicht Ersteren, sondern Letzteren infrage zu stellen, vermeidet soziale Konflikte. Bürgergeldempfänger dürften sich kaum benachteiligt fühlen, wenn Weltreisen, Kreuzfahren, SUV-Verkehr und anderer Prestigekonsum entfielen oder eingeschränkt würden. Es erkrankte oder erforderte noch niemand, der nach dem Abitur nicht nach Neuseeland flog. Diese Logik erweist sich nicht nur als verteilungspolitisch nivellierend, weil untere Einkommensgruppen davon nicht betroffen wären, sondern überdies als ökonomisch effizient. Denn sie beruht darauf, die knappsten und lebenswichtigsten aller Ressourcen, nämlich Naturgüter, dort einzusetzen, wo ihr Fehlen unvermeidbar wäre. Absehbar werden sich diesbezügliche Prioritätenset-

zungen nicht mehr aufschieben oder verdrängen lassen: Ist die Energieversorgung von Laubbläsern, Schneekanonen und Spielkonsolen genauso wichtig wie die eines Krankenhauses?

Der nach Ausschöpfung aller Suffizienzpotenziale verbleibende Bedarf kann in drei volkswirtschaftlichen Sektoren befriedigt werden: Selbstversorgung (Subsistenz), Regionalökonomie und Industrieproduktion. Dabei wird Subsistenz als unbezahlte und marktfreie Leistungserbringung verstanden, die sich im Wesentlichen auf eigene Arbeitskraft und (wenn überhaupt) nur einen geringen, keinen Verwertungszwängen unterliegenden Kapitaleinsatz stützt. Sie entspräche lediglich einer Ergänzung, durch die sich ein Teil der Industrierversorgung ersetzen ließe. Vereinfacht umfasst Subsistenz drei Praktiken: die eigene Herstellung von Gütern (Nahrungsmittel, Elektrizität, Produkte der „Marke Eigenbau“ etc.), die gemeinschaftliche Nutzung von Gütern, die weiterhin industriell gefertigt werden, sowie die Nutzungsdauerverlängerung durch achtsamen Gebrauch und Instandhaltung.

Insbesondere Wartung und Reparatur zielen darauf, die Ergiebigkeit industriell erzeugter Objekte zu erhöhen, um den Bedarf an Wertschöpfung zu senken, die nunmehr zwei ineinander übergehende Phasen umfassen würde: An eine verringerte Industrieproduktion würden lokale Praktiken der Gemeinschaftsnutzung und des Bestandserhalts anknüpfen. So ließe sich materielle Produktion graduell – nicht vollständig – durch annähernd kapitallose Subsistenzpraktiken „strecken“. Insoweit diese Leistungen in sozialen Netzen erbracht und unentgeltlich getauscht werden könnten, entfielen Profite und monetäre Einkommensströme, die zu Investitionen und steigender Konsumnachfrage führen könnten.

Konsumenten würden aus der Rolle passiver Verbraucher heraustreten und unabhängiger werden von hohem Einkommen, indem sie als „Prosumenten“ folgende Ressourcen nutzen: handwerkliche Kompetenzen und Improvisationsgeschick, marktfreie Zeit sowie nähräumliche Kooperationsbeziehungen. Um den Bedarf in eine tragfähige Balance zwischen Selbst- und Industrierversorgung einzubetten, wären neben revidierten Erziehungs- und Bildungsmaximen zugunsten handwerklicher Kompetenz ebenso tiefgreifend gewandelte Arbeitszeit- und Erwerbsmodelle notwendig. Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf durchschnittlich 20 Stunden würde den

<sup>07</sup> Vgl. Sighard Neckel/Greta Wagner, *Leistung und Erschöpfung*, Berlin 2013; Gernot Böhme/Rebecca Böhme, *Über das Unbehagen im Wohlstand*, Berlin 2021.

<sup>08</sup> Vgl. Manfred Folkers/Niko Paech, *All you need is less*, München 2020.

Rückbau industrieller Strukturen sozialpolitisch abfedern, nämlich Arbeitslosigkeit vermeiden. Es verbliebe ein Einkommen, das Lebenshaltungskosten und suffizienten Konsum abdecken könnte. Die freigestellten 20 Stunden könnten eine Grundlage für ergänzende Selbstversorgung schaffen, sodass eine Halbierung der Industrieproduktion und des durchschnittlichen Geldeinkommens nicht per se den materiellen Wohlstand halbiert. Wer sich mit anderen Personen zum Beispiel Auto, Lastenfahrrad, Waschmaschine, Drucker, Gartengeräte oder Werkzeuge teilt, zudem über Möglichkeiten verfügt, die Nutzungsdauer vieler Produkte durchschnittlich zu verdoppeln, oder sich an lokaler Nahrungsmittelerzeugung beteiligt, erreicht eine hohe Lebensqualität trotz reduziertem Einkommen.

Moderne Subsistenz erfordert Lernprozesse und Erfahrungswissen. Nicht nur deshalb, sondern auch, um marktfreie Leistungen tauschen und gemeinschaftliche Arbeit verrichten zu können, bedarf es sozialer Netze, Plattformen und Reallabore. Orte des Einübens praktischer Versorgungskompetenzen und der Interaktion erlauben eine Spezialisierung auf jene Subsistenzbereiche, die mit eigenen Fähigkeiten und Präferenzen harmonisieren. Wer über Reparaturkompetenzen verfügt, kann auch andere Personen davon profitieren lassen, die als Gegenleistung eine Mitnutzung bestimmter Gebrauchsgegenstände oder Nahrungsmittel aus einem (Gemeinschafts-)Garten anbieten können.

Um das integrative Versorgungsmodell einer Postwachstumsökonomie zu komplettieren, ist neben Suffizienz und Subsistenz eine dritte Drainage notwendig, damit sich der Bedarf an Industrieproduktion vermindern lässt, nämlich die Regionalökonomie. Sie umfasst handwerklich orientierte, gleichwohl unternehmerische Wirtschaftsformen, die kurze Distanzen und direkte Beziehungen zwischen Nachfragern und Erzeugern zulassen. Idealtypisch sind solidarische oder genossenschaftlich organisierte Landwirtschaftsbetriebe, aber auch kleine und mittelständige konventionelle Unternehmen, insoweit sie Alternativen zur globalen Industrierversorgung bieten. Die Wertschöpfung könnte sich auf ökologischen Landbau, handwerkliche Fertigung, Kleinserienproduktion, Werkstatt- und Manufakturfertigung, Verleihsysteme, Secondhandhandel aufgearbeiteter Objekte, Upcycling und vor allem auf professionelle Reparatur erstrecken.

Insgesamt entstünde eine vierstufige Kaskade: Wo die Reduktionspotenziale der Suffizienz enden, setzen Subsistenzpraktiken an. Manche der dann noch verbleibenden Bedarfe können von regionalen Betrieben befriedigt werden. Die restliche Nachfrage entfällt auf eine deutlich verkleinerte Industrie. Deren Rolle bestünde darin, einen ökologisch verantwortbaren, nicht wachsenden Bestand an Gütern zu erhalten und qualitativ zu verbessern. Die Neuproduktion würde sich auf den Ersatz der nach Ausschöpfung aller Nutzungsdauerverlängernden Maßnahmen nicht mehr zu „rettenden“ Objekte beschränken.

## TRANSFORMATION IN DREI PHASEN

Aktuelle Reaktionen auf die Einbrüche westlicher Ökonomien gleichen dem Versuch, etwas zu retten, das unrettbar geworden ist. Wahlweise werden Verschuldungsorgien, ein harscher Protektionismus, der Abbau sozial- und klimapolitischer Standards oder – je nach ideologischer Ausrichtung – ein grüner Keynesianismus angestrebt. Dieser Eskapismus vergegenwärtigt, dass der globalisierte Wohlstand den Punkt überschritten hat, ab dem infolge der mitgewachsenen Verkümmern aller Suffizienz- und Subsistenzfähigkeiten die Angst vor einem Einkommensverlust politisch mächtiger geworden ist als jene vor dem Klimachaos. Geschürt wird sie auch von Kapitalismus- oder wachstumskritischer Seite, die den Verbrauchenden zumeist suggeriert, ohnmächtig gegenüber Systemzwängen zu sein und daher eines starken Staates zu bedürfen, der die Versorgung durch Planung, Rationierung oder ein bedingungsloses Grundeinkommen sicherstellt.<sup>09</sup>

Selbst wenn derartige Utopien verwirklicht würden, entsprächen sie einer Konservierung jener Konsum- und Technologieabhängigkeit, die Menschen hilflos werden und alle Fähigkeit verschwinden ließ, sich mit einer genügsameren Güterverfügbarkeit zu arrangieren. Die bisherige Abhängigkeit vom Markt würde lediglich durch eine solche vom Staat ersetzt, der handlungsunfähiger kaum sein könnte: Einerseits ließe sich ein Status quo, den eine Wählermehrheit akzeptieren würde, auch durch staatliche Eingriffe

<sup>09</sup> Vgl. etwa Ulrich Schacht Schneider, *Freiheit, Gleichheit, Gelassenheit. Mit dem ökologischen Grundeinkommen aus der Wachstumsfalle*, München 2014.

fe rein physisch nicht aufrechterhalten. Andererseits würde sich eine Postwachstumsstrategie, die den Verbrauch auf ein durchhaltbares Niveau reduzieren würde, äußerlich kaum von dem unterscheiden, was landläufig unter „Wirtschaftskrise“ oder „Abschwung“ verstanden wird und somit die Wählermehrheit abschreckt. Gleichwohl liegt hier der Ausgangspunkt für eine dreistufige Transformation.

In der ersten, längst begonnenen Phase entwickelt eine Avantgarde postwachstumstaugliche Daseins-, Versorgungs- und Unternehmensformen. Dieses Minderheitenphänomen bietet imitierbare Erfahrungen, die sich in der zweiten Phase jene zunutze machen können, die von sozialen und ökonomischen Krisen betroffen sind, die sich staatlicherseits nicht mehr abwenden lassen. Wenn infolge dieser sozialen Diffusion bei parallel steigendem Krisendruck eine kritische Masse an Postwachstumspraktiken erkennbar wird, auf die sich die Regierung berufen kann, ließe sich das (politische) Wagnis eingehen, in der dritten Phase ein geordnetes Reduktionsprogramm umzusetzen.

Dieses beträfe zum einen öffentliche Investitionen: Hier bedürfte es der graduellen Abwicklung ruinöser Verkehrs-, Industrie-, Agrar- und Tourismusinfrastrukturen, der flächendeckenden Förderung von Infrastrukturen für Subsistenz und Regionalökonomie, der Abschaffung aller Subventionen, die bisherige Konsum- und Mobilitätsmuster aufrechterhalten, sowie des Aufbaus kommunaler „Ressourcenzentren“<sup>10</sup> und anderer Lernorte für genügsame und subsistenzbasierte Lebensführungen. Zum anderen wären zügige Regulierungen einzuleiten, die am Ziel eines individuellen CO<sub>2</sub>-Budgets von einer Tonne pro Kopf und Jahr orientiert sind, etwa die Unterbindung ökologisch ruinöser (Luxus-)Praktiken wie Kreuzfahrten und die Einschränkung des Flugverkehrs auf das Volumen der 1960er Jahre. Schließlich wären auch auf dem Gebiet der Lebensstilpolitik Maßnahmen notwendig, etwa die Erleichterung einer Arbeitszeitverkürzung auf durchschnittlich 20 Stunden pro Woche, die Ein-

dämmung des „Akademisierungswahns“<sup>11</sup> sowie die Ausrichtung des Bildungssystems auf handwerkliche, manuelle und subsistenzbasierte (Alltags-)Kompetenzen.

## AUSBLICK

Das Konzept der Postwachstumsökonomie setzt sich über modernistische Illusionen hinweg, indem es darauf zielt, Menschen zu befähigen, unter absehbar nicht mehr zu verhindernden Kollaps- und Knappheitsbedingungen souverän zu existieren. Die bis dato reproduzierten Erwartungen an eine zentral geplante, demokratisch legitimierte Transformation bilden eine „Zombiekategorie“,<sup>12</sup> weil sie auf einem technologischen, den Wohlstand erhaltenden Fortschrittsversprechen gründen, das sich längst als unerfüllbar offenbart. Die nunmehr überlebensnotwendige Umkehr zum Weniger akzeptiert nur, wer es gewohnt ist oder eingeübt hat, ein sinnstiftendes Dasein genügend zu gestalten. Deshalb setzt eine Postwachstumspolitik paradoxerweise voraus, was sie eigentlich bewirken soll. Der Ökonom Serge Latouche spricht von einer „Selbsttransformation“, die erst in hinreichendem Maße vorwegnehmen und damit erfahrbar werden lassen müsse, was daran anknüpfend vom Rest der Gesellschaft akzeptiert werden könnte.<sup>13</sup>

Wer nicht mehr auf politische Lösungen hofft, mit denen sich die Wachstums-Titanic noch umsteuern lässt, kann sich immerhin selbst helfen und gemeinsam mit anderen Rettungsboote bauen (in den oben beschriebenen ersten zwei Phasen). Die Frage, ob Krisen zum Motor des Wandels werden, stellt sich nicht mehr, sondern nur noch, wie diese bewältigt werden können. Die vielzitierte Formel „by design or by disaster“ wäre also zu modifizieren, nämlich in „by decentralized design and disaster“. Wer hingegen weiterhin auf problemlösendes Regierungshandeln setzt, müsste exakt dasselbe unternehmen, weil demokratische Politik einem Wandel, der nicht leicht zu meistern ist, niemals vorausseilt, sondern nur vorsichtig beobachtend hinterherschleicht (in der dritten Phase). Die Zeit der bequemen Leugnung eigener Verantwortung ist vorbei.

## NIKO PAECH

ist außerplanmäßiger Professor im Bereich Plurale Ökonomik an der Universität Siegen.

<sup>10</sup> Siehe etwa <https://ressourcenzentrum-oldenburg.de>.

<sup>11</sup> Vgl. Julian Nida-Rümelin, *Der Akademisierungswahn*, Hamburg 2014.

<sup>12</sup> Vgl. Ulrich Beck, *Zombie Categories*, in: ders./Elisabeth Beck-Gernsheim (Hrsg.), *Individualization*, London 2002, S. 202–213.

<sup>13</sup> Vgl. Serge Latouche, *Le pari de la décroissance*, Paris 2006.

# WACHSTUM UND UNGLEICHHEIT

*Cornelia Mohren · Moritz Odersky*

„Neues Wirtschaftswachstum“ ist das Oberthema des ersten Kapitels des Koalitionsvertrags der aktuellen schwarz-roten Bundesregierung. Entsprechend kündigte Bundeskanzler Friedrich Merz in seiner ersten Regierungserklärung am 14. Mai 2025 an: „Wir werden (...) alles daransetzen, Deutschlands Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs zu bringen.“ Als zentrale Maßnahmen nannte er dafür unter anderem die Ausweitung steuerlicher Abschreibungen für Investitionen, die Senkung der Körperschaftsteuer und den Abbau von Berichts- und Meldepflichten. Nur so könne das Versprechen von „Wohlstand für alle“ erfüllt werden.

Doch führen Reformen wie diese – die zunächst einmal primär Unternehmen entlasten – wirklich zum „Wohlstand für alle“? Entscheidend ist dabei dreierlei: erstens, ob die Maßnahmen tatsächlich zu höherem Wirtschaftswachstum führen; zweitens, wem das zusätzliche Einkommen zugutekommt; und drittens, wie die Umweltkosten des Wachstums verteilt sind.

Die wechselseitigen Effekte von Ungleichheit, Wachstum und Umweltzerstörung werden in der öffentlichen Debatte oft übergangen. Im Folgenden diskutieren wir deshalb auf Basis der ökonomischen Literatur die folgenden Fragen: Wie wirkt sich Ungleichheit auf Wachstum aus? Umgekehrt, was ist der Effekt von Wachstum auf Ungleichheit? Und wie interagiert beides mit Umweltzerstörung?

## HISTORISCHE ENTWICKLUNG

Zunächst gilt es, herauszustellen, dass Ungleichheit nicht nur Einkommen und Vermögen betrifft, sondern sich in anderen Dimensionen wie Chancen, Macht, Bildung oder Gesundheit zeigt – und häufig entlang soziokultureller Merkmale wie Geschlecht, Sexualität oder Herkunft verläuft.

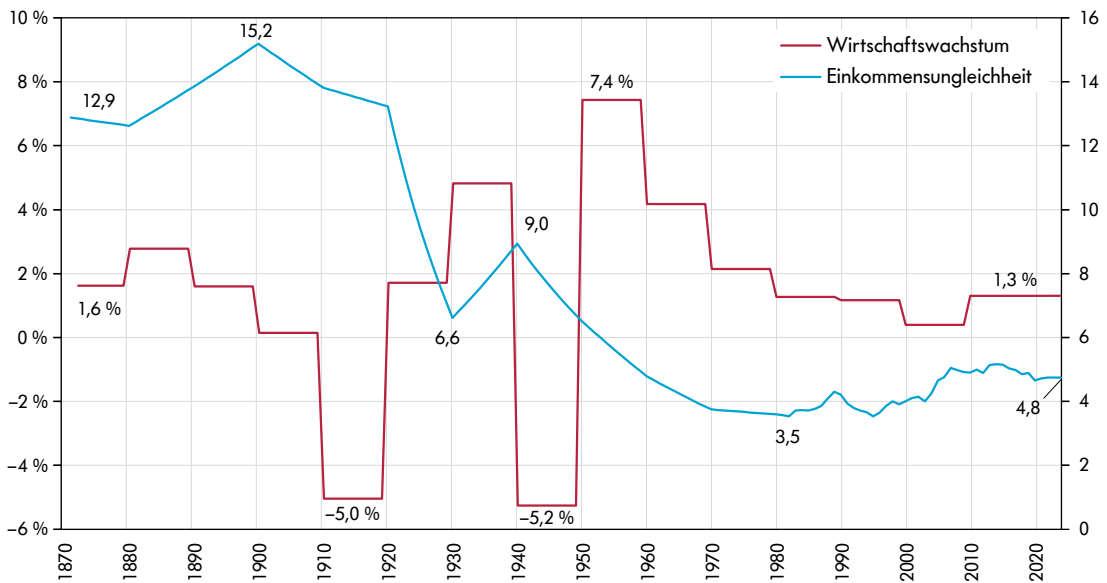
Gleichwohl steht in diesem Beitrag die Verteilung von Einkommen und Vermögen unter der erwachsenen Bevölkerung von einzelnen Ländern im Mittelpunkt. Zur Analyse des gesamtwirtschaftlichen Wachstums und der Ein-

kommensverteilung nutzen wir das Netto-nationaleinkommen.<sup>01</sup> Dieses umfasst sämtliche Einkommen, die von Inländer\*innen im In- und Ausland erzielt werden. Die Einkommensverteilung wird dabei sowohl vor als auch nach Steuern und Transfers betrachtet: Das Einkommen vor Steuern und Transfers summiert Löhne und Kapitaleinkommen sowie Leistungen der Sozialversicherungen wie Renten und Arbeitslosengeld; für die Ermittlung des Einkommens nach Steuern und Transfers werden gezahlte Steuern abgezogen und staatliche Sozialleistungen wie Bürgergeld oder Kindergeld sowie Sachleistungen wie öffentliche Bildungsausgaben addiert.

Für die Untersuchung der Vermögensverteilung betrachten wir das Gesamtvermögen privater Haushalte, das allen Finanzvermögen (Aktien, Anleihen, Lebensversicherungen) sowie nicht-finanziellen Vermögenswerten (Immobilien, Unternehmen) abzüglich bestehender Schulden entspricht. Als zentrales Ungleichheitsmaß dient uns dabei das Verhältnis der Einkommens- und Vermögensanteile verschiedener Bevölkerungsteile, zum Beispiel jenes zwischen den ärmsten 50 Prozent und den reichsten 10 Prozent. In einer Gesellschaft mit vollständiger Gleichheit würden die ärmsten 50 Prozent der Bevölkerung 50 Prozent des Einkommens und Vermögens erhalten, während die reichsten 10 Prozent 10 Prozent bekämen.

Seit der Reichsgründung 1871 unterlag das jährliche Wirtschaftswachstum in Deutschland (ohne DDR) deutlichen Schwankungen (*Abbildung 1*). Bis Mitte des 20. Jahrhunderts variierte die durchschnittliche Rate stark, mit massiven Einbrüchen aufgrund der beiden Weltkriege. Während des „Wirtschaftswunders“ der 1950er Jahre lag die Wachstumsrate in der Bundesrepublik bei über 7 Prozent pro Jahr – was eine Verdopplung der Wirtschaftsleistung innerhalb eines Jahrzehnts bedeutet. Seitdem fielen die durchschnittlichen Wachstumsraten kontinuierlich. In den 1960er und 1970er Jahren wurden mit 4,2 Prozent beziehungsweise 2,2 Prozent noch vergleichsweise hohe Werte erreicht. Eine

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum und Einkommensungleichheit in Deutschland (ohne DDR), 1871 bis 2023



Wachstumsrate in Prozent (gemittelt über ein Jahrzehnt), gemessen am inflationsbereinigten durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen. Ungleichheit gemessen am Verhältnis der durchschnittlichen Einkommen nach Steuern und Transfers der oberen 10 Prozent und der unteren 50 Prozent. Lesehilfe: 1900 hatten die oberen 10 Prozent durchschnittlich ein 15,2-mal so hohes Einkommen wie die unteren 50 Prozent.

Quelle: World Inequality Database

dauerhafte Stagnation um etwa 1 Prozent setzte erst in den 1990er Jahren ein.

Die Ungleichheit in der Einkommensverteilung entwickelte sich meist gegenteilig: Sie nahm vom frühen 20. Jahrhundert bis in die 1970er Jahre kontinuierlich ab und steigt seither wieder leicht an (Abbildung 1). So änderte sich das Verhältnis der Einkommen der unteren 50 Prozent zu denen der obersten 10 Prozent von 1 zu rund 13 im Jahr 1871 auf 1 zu 3,5 in den 1970er und 1980er Jahren, um 2023 wieder 1 zu 4,8 zu betragen. Mit anderen Worten: 2023 hatte ein Haushalt, der zu den reichsten 10 Prozent der Bevölkerung gehört, im Durchschnitt ein fast fünfmal so hohes Einkommen wie ein Haushalt, der zur ärmeren Hälfte der Bevölkerung zählt.

Abbildung 2 verdeutlicht die Entwicklung der Ungleichheit seit 1980 in absoluten Zahlen.<sup>02</sup> Zunächst zeigt die Unterscheidung zwischen Einkom-

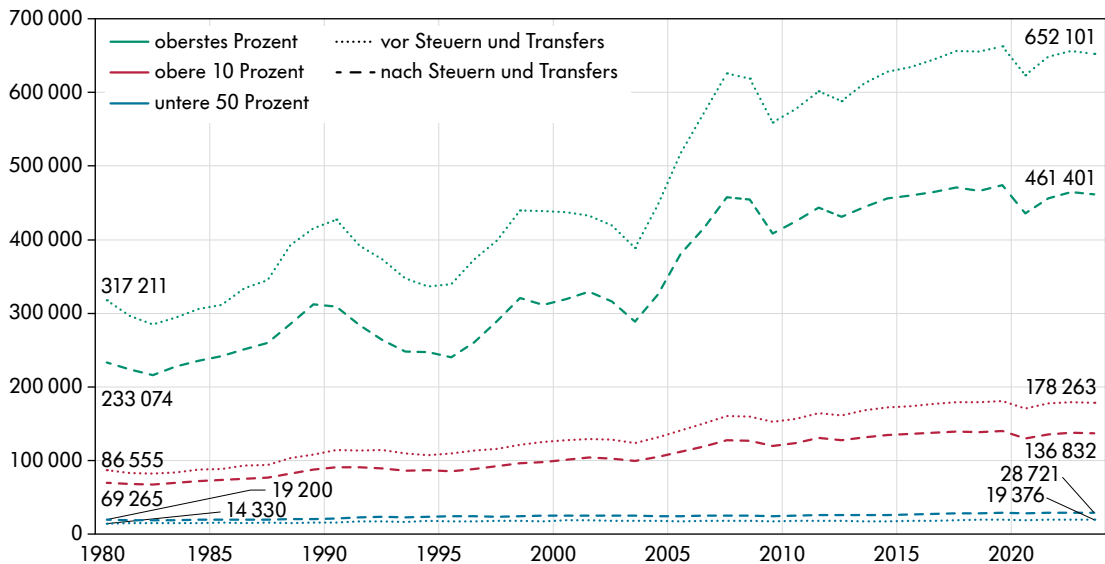
men vor und nach Steuern und Transfers (gepunktete vs. gestrichelte Linien), dass staatliche Umverteilung die Einkommen der unteren 50 Prozent zwar stärkt und die der obersten 10 Prozent reduziert. Dies konnte den Anstieg der Ungleichheit in den vergangenen Jahrzehnten jedoch nicht verhindern, im Gegenteil: 2023 verfügte die ärmere Hälfte der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland nach Steuern und Transfers über ein durchschnittliches Jahreseinkommen von rund 28 700 Euro, während die reichsten 10 Prozent rund 136 800 Euro erzielten – diesem Verhältnis von 1 zu 4,8 steht ein Verhältnis von 1 zu 3,6 im Jahr 1980 gegenüber. Noch deutlicher ist die Entwicklung mit Blick auf das oberste Prozent: 1980 hatten diese Haushalte nach Steuern und Transfers im Durchschnitt ein 12-mal so hohes Einkommen wie die untere Hälfte, heute ist es über 16-mal so hoch. Die Vergrößerung der Einkommensungleichheit spiegelt sich auch in der Armutsquote wider, die zwischen 1991 und 2021 von 11,4 auf 17,8 Prozent gestiegen ist.<sup>03</sup>

**01** Das Nettonationaleinkommen entspricht dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), aber zieht Abschreibungen (den Wertverlust von Kapital) ab und addiert Netto-Einkünfte aus dem Ausland. Es rechnet dabei nur monetäre Einkommen ein und sollte daher wie das BIP nicht als direktes Wohlstandsmaß gesehen werden.

**02** Absolute Einkommen und Vermögen werden in allen Abbildungen inflationsbereinigt ausgedrückt (Basisjahr: 2024).

**03** Vgl. Dorothee Spannagel/Jan Brülle, Ungleiche Teilhabe: Marginalisierte Arme – verunsicherte Mitte. WSI-Verteilungsbericht 2024, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung, WSI Report 98/2024.

Abbildung 2: Einkommen in Deutschland (ohne DDR), 1980 bis 2023, in Euro



Quelle: World Inequality Database

Während die Einkommensungleichheit bereits beträchtlich ist, fällt die Vermögensungleichheit in Deutschland noch deutlich stärker aus. So verfügen die wohlhabendsten 10 Prozent der Haushalte über rund 60 bis 65 Prozent des Gesamtvermögens, während die untere Hälfte kaum nennenswerte Rücklagen besitzt.<sup>04</sup> Das oberste Prozent vereinte 2023 ein Viertel des Gesamtvermögens auf sich, und allein die beiden reichsten Familien Deutschlands haben zusammen ein größeres Vermögen als die gesamte ärmere Bevölkerungshälfte.<sup>05</sup> Im frühen 20. Jahrhundert war die Konzentration allerdings noch ausgeprägter: Damals kontrollierte das oberste Prozent rund die Hälfte des Vermögens. In den drei Jahrzehnten danach sank dieser Anteil deutlich und lag in den 1950er und 1960er Jahren in der Bundesrepublik noch bei etwas über 20 Prozent. Seitdem ist die Vermögenskonzentration jedoch – ähnlich wie bei den Einkommen – wieder angestiegen.

Abbildung 3 zeigt, dass sich die Vermögenskonzentration in Deutschland und anderen westlichen Demokratien ähnlich entwickelt hat. Heute gehört Deutschland zu den europäischen

Ländern mit einer besonders großen Vermögensungleichheit, und liegt bei der Vermögenskonzentration zum Beispiel deutlich über dem Vereinigten Königreich.

Was auffällt, wenn man die Entwicklung der Ungleichheit nun in Verbindung mit dem Wirtschaftswachstum betrachtet: In den meisten westlichen Ländern wurden gerade in den vergleichsweise egalitären Jahrzehnten Mitte des 20. Jahrhunderts die höchsten Wachstumsraten erzielt. Deutschland ist auch damit keine Ausnahme, sondern Teil eines in Europa und Nordamerika vielfach beobachteten historischen Musters von Wachstum und Ungleichheit.

### EINFLUSS VON UNGLEICHHEIT AUF WACHSTUM

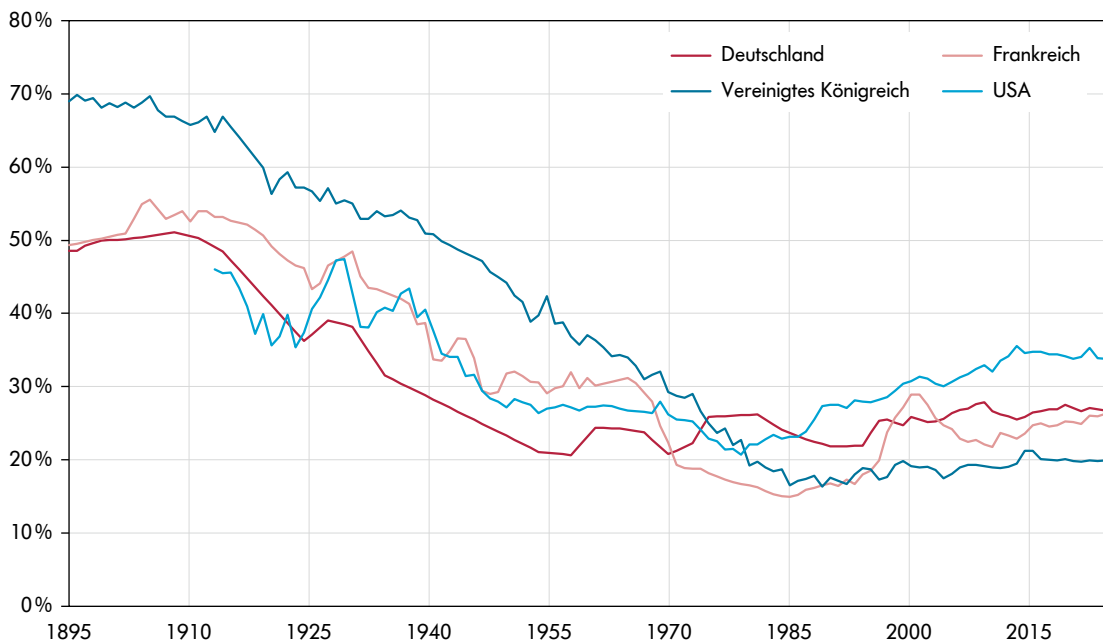
Der Blick auf die historische Entwicklung in Deutschland und anderen Industrieländern zeigt, dass Phasen geringerer Ungleichheit häufig mit stärkerem Wachstum einhergingen. Dies deutet auf einen negativen Effekt von Ungleichheit auf Wachstum hin. Um jedoch Aussagen über einen tatsächlichen Kausalzusammenhang treffen zu können, ist eine Auseinandersetzung mit der ökonomischen Literatur nötig.

Nach der neoklassischen Wirtschaftstheorie, die die ökonomische Debatte bis heute prägt, stehen die Reduktion von Ungleichheit und die

<sup>04</sup> Vgl. Thilo N. H. Albers/Charlotte Bartels/Moritz Schularick, *Wealth and Its Distribution in Germany, 1895–2018*, Ifo Institut, CESifo Working Paper 9739/2022.

<sup>05</sup> Vgl. Martyna Linartas, *Unverdiente Ungleichheit: Wie der Weg aus der Erbgengesellschaft gelingen kann*, Hamburg 2025.

Abbildung 3: Anteil des „obersten Prozents“ am Gesamtprivatvermögen in Deutschland (ohne DDR), Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den USA, 1895 bis 2020



Quelle: World Inequality Database

Förderung von Wachstum in einem Zielkonflikt: Ungleichheit gilt demnach als förderlich für Produktivität und Wachstum, da sie Investitionen ermögliche und Anreize schaffe. Umverteilung könne zwar die Lebensstandards niedriger Einkommen verbessern, hemme jedoch das Wirtschaftswachstum.

Ein erstes Argument basiert auf der Beobachtung, dass Wohlhabende einen größeren Teil ihres Einkommens investieren, während ärmere Haushalte den Großteil für Konsum ausgeben. Weil Investitionen wachstumsfördernd sind, wirkt sich eine ungleiche Einkommensverteilung somit positiv auf das Wachstum aus. Dabei wird jedoch übersehen, dass große Investitionen in der Realität selten von Einzelpersonen getätigt werden und auch der Staat über steuerfinanzierte Ausgaben eine zentrale Rolle als Investor einnimmt.<sup>06</sup> Zudem steht diese Sichtweise im Kontrast zu postkeynesianischen Theorien, die die Nachfrage als entscheidenden Wachstumsfaktor betonen. Somit führt ein höheres Einkommen ärmerer Gruppen zu steigender Konsumnach-

frage und damit zu stärkerem Wachstum.<sup>07</sup> Seit den 1990er Jahren wird dieses Argument auch im ökonomischen Mainstream wieder verstärkt aufgegriffen.<sup>08</sup>

Ein zweites neoklassisches Argument lautet, dass Ungleichheit notwendig ist, um Anreize zu schaffen: Leistung müsse „belohnt“ werden.<sup>09</sup> Fraglich ist jedoch, ob immer weiter steigende Einkommensunterschiede die Arbeitsanreize tatsächlich stärken – insbesondere dann, wenn höhere Einkommen für viele Menschen aufgrund sinkender Chancengerechtigkeit zunehmend unerreichbar werden und damit kaum noch als realistischer Anreiz dienen. Eine aktuelle Studie des Ifo-Instituts zeigt, dass die soziale Mobilität in Deutschland seit den 1970er Jahren drastisch ab-

<sup>07</sup> Vgl. Michał Kalecki, *Theory of Economic Dynamics*, London–New York 2013; Joan Robinson, *Essays in the Theory of Economic Growth*, London–Basingstoke 1962.

<sup>08</sup> Vgl. Gilles Saint Paul/Thierry Verdier, *Inequality, Redistribution and Growth: A Challenge to the Conventional Political Economy Approach*, in: *European Economic Review* 3–5/1996, S. 719–728.

<sup>09</sup> Vgl. James A. Mirrlees, *An Exploration in the Theory of Optimum Income Taxation*, in: *The Review of Economic Studies* 2/1971, S. 175–208.

<sup>06</sup> Vgl. Joseph E. Stiglitz, *Inequality and Economic Growth*, in: *The Political Quarterly* S1/2015, S. 134–155.

genommen und sich der Einfluss des elterlichen Einkommens auf die späteren Einkommen der Kinder seither verdoppelt hat.<sup>10</sup>

Diese Chancenungleichheit lässt sich zu großen Teilen auf sinkende Bildungsgerechtigkeit zurückführen, die in Deutschland im Vergleich zu anderen westlichen Industrieländern besonders niedrig ist.<sup>11</sup> So legen hierzulande über 80 Prozent der Kinder aus den reichsten 10 Prozent der Haushalte das Abitur ab, aber nur 30 Prozent der Kinder aus den ärmsten 10 Prozent.<sup>12</sup> Die Chancenungleichheit beschränkt sich zudem nicht nur auf die schulische Bildung. 2023 war fast jedes vierte Kind in Deutschland von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht – mit negativen Folgen für gesellschaftliche Teilhabe und persönliche Entwicklung.<sup>13</sup> Letztendlich führt auch dieses ungenutzte Bildungspotenzial zu Wachstumseinbußen.<sup>14</sup>

Überdies gefährden übermäßige Ungleichheiten die Demokratie. Studien zeigen, dass steigende Ungleichheit politische Polarisierung und wachsende Frustration über demokratische Institutionen nach sich zieht.<sup>15</sup> Schon länger weisen Politikwissenschaftler\*innen mit Blick auf die Zustände in den USA darauf hin, wie unverhältnismäßig groß der Einfluss der reichsten Bevölkerungsgruppen auf Politik und Gesetzgebung ist: Sie sind in Medien, Lobbyorganisationen, unter Parteispendern und in politischen Ämtern massiv überrepräsentiert.<sup>16</sup> Dieses Repräsentationsungleichgewicht schwächt nicht nur die Demokra-

tie selbst, sondern kann auch zu soziopolitischer Instabilität führen, die wiederum wirtschaftliches Wachstum gefährdet.<sup>17</sup>

Tatsächlich mehren sich die wissenschaftlichen Befunde, dass eine Reduktion der Ungleichheit positive Effekte auf das Wirtschaftswachstum haben könnte. So schätzte etwa das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung vor einigen Jahren, dass das Wachstum in Deutschland seit 1991 um zwei Prozentpunkte höher ausgefallen wäre, wenn die Einkommensungleichheit nicht gestiegen wäre.<sup>18</sup> Während das Ifo-Institut für Deutschland keinen Effekt von Ungleichheit auf Wachstum feststellte,<sup>19</sup> wies die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit etwas höhere Effekte nach.<sup>20</sup>

Die Evidenz, dass steigende Ungleichheit das Wirtschaftswachstum bremst oder zumindest nicht fördert, hat auch Institutionen wie den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank zu einer neuen Position veranlasst. Noch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatten sie sich nahezu ausschließlich am Wachstum orientiert und der Ungleichheit kaum Bedeutung beigemessen. Angesichts der gewachsenen Ungleichheit und ihrer sichtbaren Folgen setzte jedoch ein allmählicher Kurswechsel ein. So erklärte die IWF-Direktorin Kristalina Georgieva im Frühjahr 2024: „Wir haben die Verpflichtung, das zu korrigieren, was in den letzten 100 Jahren am schwerwiegendsten falsch gelaufen ist – das Fortbestehen hoher wirtschaftlicher Ungleichheit. Untersuchungen des IWF zeigen, dass eine geringere Einkommensungleichheit mit höherem und nachhaltigerem Wachstum verbunden sein kann.“<sup>21</sup>

**10** Vgl. Julia Baarck/Moritz Bode/Andreas Peichl, *Rising Inequality, Declining Mobility: The Evolution of Intergenerational Mobility in Germany*, CESifo Working Paper 12058/2025.

**11** Vgl. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, *Bildung auf einen Blick 2025: OECD Indikatoren*, Paris 2025.

**12** Vgl. Majed Dodin et al., *Social Mobility in Germany*, in: *Journal of Public Economics* 232/2024, Art. 105074.

**13** Vgl. Statistisches Bundesamt, *Jedes siebte Kind in Deutschland armutsgefährdet*, Pressemitteilung, 1.7.2024.

**14** Es wird geschätzt, dass ein Anteil 45 Prozent des globalen Wachstums seit 1980 auf Bildung zurückzuführen ist. Vgl. Amory Gethin, *Revisiting Global Poverty Reduction: Public Goods and the World Distribution of Income, 1980–2022*, World Inequality Lab, Working Paper 24/2023.

**15** Vgl. Eli G. Rau/Susan Stokes, *Income Inequality and the Erosion of Democracy in the Twenty-First Century*, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences (PNAS)* 1/2025, <https://doi.org/10.1073/pnas.2422543121>.

**16** Vgl. Martin Gilens/Benjamin I. Page, *Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens*, in: *Perspectives on Politics* 3/2014, S. 564–581.

**17** Vgl. Daron Acemoglu et al., *Democracy Does Cause Growth*, in: *Journal of Political Economy* 1/2019, S. 47–100.

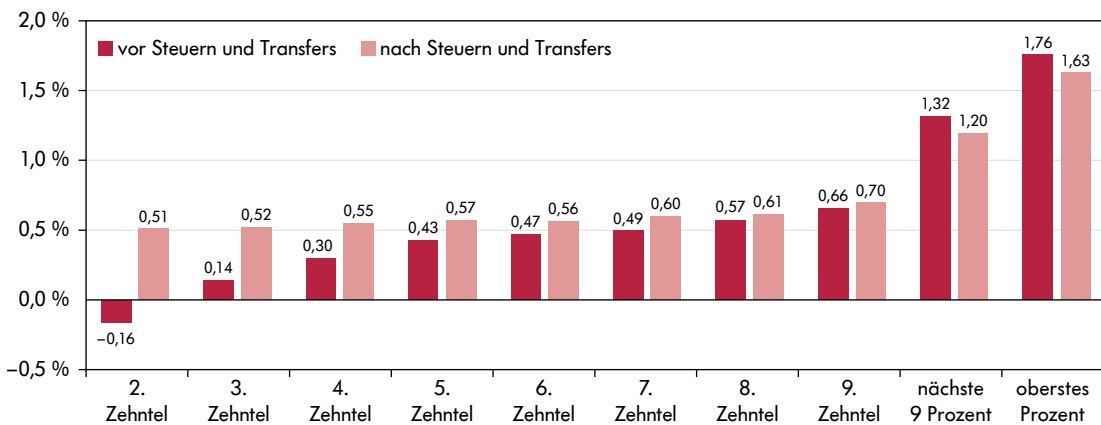
**18** Vgl. Hanne Albig et al., *Wie steigende Einkommensungleichheit das Wirtschaftswachstum in Deutschland beeinflusst*, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW-Wochenbericht 10/2017.

**19** Vgl. Clemens Fuest/Florian Neumeier/Daniel Stöhlker, *Ungleichheit und Wirtschaftswachstum: Warum OECD und IWF falsch liegen*, in: *Ifo Schnelldienst* 10/2018, S. 22–25.

**20** Vgl. Federico Cingano, *Trends in Income Inequality and Its Impact on Economic Growth*, OECD Social, Employment and Migration Working Papers 163/2014.

**21** Kristalina Georgieva, *The Economic Possibilities for my Grandchildren*, IMF Managing Director's Keynote Speech at King's College, Cambridge 14.3.2024, [www.imf.org/en/News/Articles/2024/03/08/sp031424-kings-college-cambridge-kristalina-georgieva](https://www.imf.org/en/News/Articles/2024/03/08/sp031424-kings-college-cambridge-kristalina-georgieva) (eigene Übersetzung).

Abbildung 4: Durchschnittliches jährliches Einkommenswachstum verschiedener Einkommensgruppen in Deutschland, 2000 bis 2023



Das erste Zehntel ist nicht dargestellt, da die Einkommen so niedrig sind, dass schon kleine absolute Schwankungen zu sehr großen Wachstumsraten führen.

Quelle: World Inequality Database

### EINFLUSS VON WACHSTUM AUF UNGLEICHHEIT

Ungleichheit beeinflusst nicht nur Wachstum, sondern Wachstum beeinflusst auch Ungleichheit: Schließlich kann zusätzliches Einkommen auf unterschiedliche Weisen verteilt werden. In einem der bekanntesten Beiträge zum Zusammenhang zwischen Wachstum und Ungleichheit hat der Ökonom Simon Kuznets argumentiert, dass mit steigendem Bruttoinlandsprodukt die Ungleichheit zunächst zunehme, um anschließend wieder zu sinken.<sup>22</sup> Geschrieben im Jahr 1955, stützte er sich dabei auf die beobachtete Entwicklung in Industrieländern, wo die Ungleichheit im 19. und frühen 20. Jahrhundert anstieg und nach dem Ersten Weltkrieg deutlich zurückging.

Heute wissen wir jedoch, dass die Ungleichheit seit den 1980er Jahren wieder gewachsen ist. *Abbildung 4* zeigt das durchschnittliche jährliche Einkommenswachstum in Deutschland zwischen 2000 und 2023 für verschiedene Einkommensgruppen. Betrachtet man zunächst die Entwicklung von Einkommen vor Steuern und Sozialtransfers (dunkelrote Säulen), wird deutlich, dass das Wirtschaftswachstum in den vergangenen zwei Jahrzehnten vor allem den oberen Einkommensgruppen zugutekam: Für die Einkommensgruppe der obersten

10 Prozent stiegen die Einkommen im Schnitt um über 1,3 Prozent pro Jahr. Demgegenüber stehen Wachstumsraten unter 0,7 Prozent und teilweise sogar um 0 Prozent für den Rest der Bevölkerung.

Laut der neoklassischen Theorie spiegelt Einkommensungleichheit die marktgerechte Vergütung wider. Mit anderen Worten: Haushalte verdienen das, was sie zum Wachstum „beitragen“, entweder durch ihre Arbeit oder durch ihre Investitionen in Kapital, die dann Lohn- beziehungsweise Kapitaleinkommen generieren. Im ökonomischen Jargon spricht man hier von der Grenzertragstheorie.<sup>23</sup> Löhne, die die wichtigste Einkommensquelle in den unteren Einkommensgruppen sind, werden demnach durch den Beitrag der Arbeitnehmer\*innen zum Unternehmensprofit bestimmt. Vor diesem Hintergrund lautet eine weitverbreitete Hypothese, dass der Anstieg in der Einkommensungleichheit in den vergangenen Jahrzehnten dadurch zu erklären ist, dass auch die „Produktivitätsschere“ zwischen geringer und besser verdienenden Arbeitnehmer\*innen aufgrund von technischem Fortschritt und Globalisierung weiter auseinander gegangen ist.<sup>24</sup>

<sup>23</sup> Vgl. John B. Clark, *The Possibility of a Scientific Law of Wages*, in: *Publications of the American Economic Association* 1/1889, S. 39–69.

<sup>24</sup> Vgl. Xavier Gabaix/Augustin Landier, *Why Has CEO Pay Increased so Much?*, in: *The Quarterly Journal of Economics* 1/2008, S. 49–100; Sherwin Rosen, *The Economics of Superstars*, in: *The American Economic Review* 5/1981, S. 845–858.

<sup>22</sup> Vgl. Simon Kuznets, *Economic Growth and Income Inequality*, in: *American Economic Review*, 1/1955, S. 1–28.

Eine Vielzahl an Studien zeigt jedoch, dass die Grenzertragstheorie zu kurz greift. Vor allem bei Führungskräften und Topverdiener\*innen im Finanzsektor lassen sich steigende Gehälter und Boni nicht alleine durch Produktivitätsgewinne erklären.<sup>25</sup> So verdienen Geschäftsführer\*innen in Großbritannien heute im Schnitt 113-mal so viel wie ihre Angestellten – gegenüber dem 20-Fachen in den 1970er Jahren; in Deutschland ist der Anstieg ähnlich, in den USA noch drastischer.<sup>26</sup> Zudem spricht die Beobachtung, dass die Verteilung von Einkommen und Vermögen sich stark zwischen Ländern unterscheidet, die ansonsten ähnliche Technologie, Produktivität und Pro-Kopf-Einkommen aufweisen, gegen die Grenzertragstheorie.<sup>27</sup>

Eine weitere zentrale neoklassische Idee ist die Trickle-Down-Theorie. Diese besagt, dass Wachstum langfristig allen zugutekommt, weil Einkommenszuwächse in den oberen Gehaltsgruppen Investitionen stimulieren, die schließlich auch in ärmeren Einkommensgruppen mehr Beschäftigung und höhere Einkommen nach sich ziehen. Diese Idee wird häufig als Rechtfertigung zum Beispiel für Steuerentlastungen von Spitzenverdiener\*innen genutzt. Tatsächlich aber ist das Phänomen der von oben „herabrieselnden“ Wachstumsprofite in der Realität kaum zu beobachten.<sup>28</sup>

Anders als von der neoklassischen Theorie unterstellt, ist die Einkommensverteilung vor Steuern und Transfers kein natürliches Ergebnis, sondern wird von politischen und ökonomischen Institutionen entscheidend geprägt. Marktinstitutionen wie der Mindestlohn, die Zinspolitik von Zentralbanken, die Struktur des Bildungssystems oder die Ausübung von Monopolmacht haben großen Einfluss auf die Einkommensverteilung.<sup>29</sup> Zentral ist zudem

die Gestaltung von Steuern und Transfers. Wie in *Abbildung 4* zu sehen ist, milderten diese die ungleiche Verteilung des Wachstums in Deutschland zwar ab, konnten sie aber bei Weitem nicht verhindern. So stiegen die Einkommen der unteren 80 Prozent nach der staatlichen Umverteilung (hellrote Säulen) lediglich um 0,5 bis 0,6 Prozent pro Jahr, während die der obersten 10 Prozent weiterhin um deutlich mehr als 1 Prozent wuchsen – sodass die Ungleichheit insgesamt letztlich weiter zunahm.

Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung ist, dass die wohlhabendsten Haushalte in Deutschland ihre Einkommen überwiegend aus Vermögen beziehen, während die ärmere Hälfte der Bevölkerung kaum über nennenswerte Vermögenswerte verfügt. Vermögen wird hierzulande nur schwach besteuert – sowohl im internationalen Vergleich als auch gegenüber Arbeitseinkommen.<sup>30</sup> Während die Einkommensteuer progressiv bis zum Spitzensteuersatz von 42 Prozent ausgestaltet ist, werden Kapitalerträge lediglich mit einem pauschalen Satz von 25 Prozent besteuert. Seit 1997 wird zudem keine Vermögensteuer mehr erhoben. Auch Erbschaften – heute die wichtigste Quelle von Vermögen – sind nur gering belastet. Zudem ist die Erbschaftsteuer in der Spitze sogar regressiv: So lag die durchschnittliche Steuerbelastung bei der Übertragung von Multi-Millionen- und Milliardenvermögen zwischen 2021 und 2023 bei lediglich 2,9 Prozent, während kleinere steuerpflichtige Erbschaften und Schenkungen im Schnitt mit 9 Prozent besteuert wurden.<sup>31</sup>

## ZUSAMMENHANG MIT UMWELTZERSTÖRUNG

Wachstum und Ungleichheit stehen zudem in direkter Wechselwirkung mit der fortschreitenden Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen – und damit mit einer der drängendsten Herausforderungen unserer Zeit. Wachstum beeinflusst Ungleichheit nicht nur über die direkte Verteilung der erzielten Einkommen, sondern auch über seine ökologischen Folgen, die teilwei-

**25** Vgl. Michael C. Jensen/Kevin J. Murphy, Performance Pay and Top-Management Incentives, in: *Journal of Political Economy* 2/1990, S. 225–264; Thomas Philippon/Ariell Reshef, Wages and Human Capital in the US Finance Industry: 1909–2006, in: *The Quarterly Journal of Economics* 4/2012, S. 1551–1609.

**26** Vgl. Michael Aldous/John Turner, *The CEO: The Rise and Fall of Britain's Captains of Industry*, Cambridge 2025.

**27** Vgl. Thomas Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München 2014.

**28** Vgl. David Hope/Julian Limberg, The Economic Consequences of Major Tax Cuts for the Rich, in: *Socio-Economic Review* 2/2022, S. 539–559; Sebastian Gechert/Philipp Heimberger, Do Corporate Tax Cuts Boost Economic Growth?, in: *European Economic Review* Bd. 147/2022, Art. 104157.

**29** Vgl. Steven K. Vogel, The Regulatory Roots of Inequality in America, in: *Journal of Law and Political Economy* 2/2021, S. 272–300.

**30** Vgl. Stefan Bach/Charlotte Bartels/Theresa Neef, The Distribution of National Income in Germany, 1992–2019, DIW Discussion Paper 2102/2024.

**31** Vgl. Kira Baresel et al., Hälfte aller Erbschaften und Schenkungen geht an die reichsten zehn Prozent aller Begünstigten, DIW Wochenbericht 5/2021, S. 63–71; Julia Jirrmann, Milliardenvermögen steuerfrei erben – die Verschonungsregel macht's möglich, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2025.

se zeitlich verzögert und räumlich versetzt wirken. Zugleich sind ökonomische Ungleichheiten eng mit der Verantwortung für Umweltschäden verknüpft.

Mit Blick auf Einkommensunterschiede zwischen Ländern wird geschätzt, dass die menschengemachte Erderwärmung die Kluft zwischen den ärmsten und den reichsten Ländern der Welt zwischen 1961 und 2010 um etwa 25 Prozent vergrößert hat.<sup>32</sup> Aktuelle Studien zeigen, dass diese Ungleichheit weiter zunimmt, da ärmere Länder und Regionen überproportional von Hitze, Dürre, Überschwemmungen und Veränderungen in der Landwirtschaft betroffen sind.<sup>33</sup>

Auch innerhalb von Ländern tragen die Einkommensschwachen die größten Lasten der Klimakrise:<sup>34</sup> Sie arbeiten nicht nur häufiger in wetteranfälligen Sektoren wie Landwirtschaft oder Bau, sondern leben auch häufiger in Regionen oder Wohnanlagen, die stärker von Umweltrisiken betroffen sind. Zum Beispiel ist dokumentiert, dass die Flutkatastrophe im Ahrtal 2021 besonders einkommensschwächere Haushalte betraf.<sup>35</sup> Schließlich spiegelt sich ökonomische Ungleichheit auch direkt in den Mitteln wider, die Haushalten zur Verfügung stehen, um sich gegen Schäden abzusichern oder Verluste durch Naturkatastrophen aufzufangen.<sup>36</sup>

**32** Vgl. Noah S. Diffenbaugh/Marshall Burke, *Global Warming Has Increased Global Economic Inequality*, in: PNAS 20/2019, S. 9808–9813.

**33** Vgl. Adrien Bilal/Diego R. Känzig, *The Macroeconomic Impact of Climate Change: Global vs. Local Temperature*, National Bureau of Economic Research, NBER Working Paper 32450/2024.

**34** Vgl. Martino Gilli et al., *Climate Change Impacts on the Within-Country Income Distributions*, in: *Journal of Environmental Economics and Management* Bd. 127/2024, Art. 103012; Elisa Palagi et al., *Climate Change and the Nonlinear Impact of Precipitation Anomalies on Income Inequality*, in: PNAS 43/2022, <https://doi.org/10.1073/pnas.2203595119>.

**35** Vgl. Moritz Odersky/Max Löffler, *Differential Exposure to Climate Change? Evidence from the 2021 Floods in Germany*, in: *The Journal of Economic Inequality* 3/2024, S. 551–576.

**36** Vgl. Daniel Osberghaus, *Poorly Adapted but Nothing to Lose? A Study on the Flood Risk–Income Relationship with a Focus on Low-Income Households*, in: *Climate Risk Management* Bd. 31/2021, Art. 100268.

**37** Vgl. Hannah Ritchie, *Global Inequalities in CO2 Emissions*, 31.8.2023, <https://ourworldindata.org/inequality-co2>.

**38** Vgl. Lucas Chancel/Yannic Rehm, *The Carbon Footprint of Capital: Evidence from France, Germany and the US Based on Distributional Environmental Accounts*, World Inequality Lab, Working Paper 26/2023.

Während die Umweltfolgen von Wachstum ärmere Haushalte am stärksten treffen, sind die oberen Einkommensgruppen überdurchschnittlich für diese Folgen verantwortlich. So stammen mehr als 80 Prozent der globalen Emissionen aus Hoheinkommensländern, obwohl dort weniger als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt.<sup>37</sup> In Deutschland verursacht eine Person aus dem obersten Prozent durch Konsum 2,2-mal so viele Treibhausgasemissionen wie jemand aus der unteren Hälfte der Bevölkerung; berücksichtigt man Emissionen, die im Zusammenhang mit Vermögensbeständen entstehen, also etwa aus privat kontrollierten Produktionsprozessen, sind es sogar über 11-mal so viele.<sup>38</sup>

## FAZIT

Zusammenfassend ist somit festzustellen, dass es den häufig behaupteten Zielkonflikt zwischen Wachstum und Ungleichheitsbekämpfung – eine Idee, die auch heute noch die wirtschaftspolitische Debatte prägt – gar nicht gibt. Im Gegenteil: Empirische Befunde legen nahe, dass größere Gleichheit das Wirtschaftswachstum fördert, während es durch geringe soziale Mobilität und politische Instabilität gebremst wird. Umgekehrt führt Wirtschaftswachstum nicht zwangsläufig zu größerer Gleichheit. Es kann Ungleichheit sowohl verstärken als auch reduzieren – abhängig von seiner Verteilungsstruktur: Die Frage der Verteilung ist im Kern eine politische, die nicht nur vom Steuer- und Transfersystem abhängt, sondern auch von Arbeitsmarktregulierungen und öffentlichen Ausgaben wie jene für Bildung.

Die andauernde Umweltzerstörung verdeutlicht darüber hinaus, dass Wirtschaftswachstum als oberstes Politikziel nicht ausreicht, um „Wohlstand für alle“ zu schaffen. Will man diesem Ziel näher kommen, gilt es auch andere Aspekte menschlichen Wohlergehens zu berücksichtigen – etwa soziale Stabilität und eine intakte Umwelt.

## CORNELIA MOHREN

ist Environmental Coordinator am World Inequality Lab an der Paris School of Economics (PSE). Sie promoviert an der Sciences Po in Paris.

## MORITZ ODERSKY

ist Ökonom am World Inequality Lab an der Paris School of Economics (PSE).

Herausgegeben von der  
Bundeszentrale für politische Bildung  
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30. Oktober 2025

#### REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash  
Anne-Sophie Friedel  
Julia Heinrich  
Sascha Kneip  
Johannes Piepenbrink (verantwortlich für diese Ausgabe)  
Leontien Potthoff (Volontärin)  
Isabel Röder  
Luise Römer  
apuz@bpb.de  
www.bpb.de/apuz  
www.bpb.de/apuz-podcast

Newsletter abonnieren: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)  
Einzelausgaben bestellen: [www.bpb.de/shop/apuz](http://www.bpb.de/shop/apuz)

#### GRAFISCHES KONZEPT

Meiré und Meiré, Köln

#### SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

#### DRUCK

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Geldern

#### ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung

/// DAS PARLAMENT ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.

Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

Nächste Ausgabe

47–48/2025, 15. November 2025

REICHSBÜRGER



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)